

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Amtliche Berichte über die Verhandlungen der Badischen Ständeversammlung. [2. Kammer]. 1909-1918 1917**

7 (26.5.1917)

# Amtliche Berichte

über die

## Verhandlungen der Badischen Ständeversammlung.

N. 7.

Karlsruhe, den 26. Mai

1917.

### Zweite Kammer.

#### 4. öffentliche Sitzung

am Samstag, den 19. Mai 1917.

##### Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingänge. Sodann Mündliche Berichte der Budgetkommission und Beratung über

1. die Nachweisung über die Verwendung der im außerordentlichen Landtag 1915 und im ordentlichen Landtag 1915/16 bewilligten Kriegskredite sowie der einschlägigen Petition (Druckf. Nr. 6 und 6 a), Berichterstatter Abg. **Rebmann**;

2. den Gesetzentwurf, den Staatshaushaltsetat für die Jahre 1916 und 1917 betr. (Druckf. Nr. 2), Berichterstatter Abg. **Kopf**.

Am Regierungstisch: Minister des Innern Dr. **Kreiherr von und zu Bodman**, Minister der Finanzen Dr. **Reinboldt** und Ministerialdirektor Geh. Rat **Weingärtner**.

Präsident **Kohrhurst** eröffnet gegen 1/10 Uhr die Sitzung.

Zu Ziffer 1 der Tagesordnung: Mündlicher Bericht der Budgetkommission und Beratung über die Nachweisung über die Verwendung der im außerordentlichen Landtag 1915 und im ordentlichen Landtag 1915/16 bewilligten Kriegskredite samt Petition des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen in Betreff der Volksernährung soll nach einer Vereinbarung im Ausschluß der Vertrauensmänner zuerst die Frage der Oberrheinregulierung besprochen werden. Das Wort erhält zunächst:

Berichterstatter Abg. **Rebmann** (natl.):

Die Ereignisse, durch die wir in diesem Winter und diesem Frühjahr haben hindurch müssen, haben uns mit zwingender Gewalt die Bedeutung der Kohle nicht nur

für unseren Haushalt, sondern für die Wirtschaft des ganzen Volkes nahegelegt. Die Kohlenknappheit, die wie eine Katastrophe über uns hereingebrochen ist, hat unser ganzes wirtschaftliches und häusliches Leben in Mitleidenschaft gezogen. Sie hat wieder einmal gezeigt, wie eng wir in allen unseren Lebensbetätigungen mit dieser Frage verknüpft sind, und wie unser ganzes Leben davon abhängt. Es hat sich auch herausgestellt, daß die Kohlenknappheit nicht eine lokale Erscheinung war, wie man erst geglaubt hat. Der erste Eindruck war ja der, daß man glaubte, unseren Stadtverwaltungen die lebhaftesten Vorwürfe darüber machen zu müssen, daß sie nicht für hinreichende Kohlenmengen gesorgt hätten. Allmählich aber kam es zu Tage, daß diese Not nicht bloß die einzelnen Städte traf, sondern durch das ganze Reich hindurchging. Die weiteren Erfahrungen haben dann die Fäden bloßgelegt, die von der Kohle aus nach allen Seiten hin in unser wirtschaftliches Leben hinübergehen. Da wir noch einmal Gelegenheit haben werden, über die Frage der Kohle in der Kommission und in dieser Versammlung zu sprechen, will ich das, was über die Kohlen zu sagen ist, für die spätere Behandlung aufsparen.

Es handelt sich also um die Frage der Verwertung unserer Wasserkräfte, die ja die Parallelkraft zur Kohlenkraft sind. Schon dadurch sind wir auf die Verwertung unserer Wasserkräfte am Oberrhein hingewiesen worden. Eine Reihe von wirtschaftlichen Bewegungen, die sich in den letzten Jahren und besonders in der letzten Zeit abgespielt haben und für unser ganzes wirtschaftliches Leben in der Zukunft eine schwere Konkurrenzierung von allen Seiten als bevorstehend erkennen läßt, zwingt uns, die Augen dafür offen zu halten.

Es kommt da noch weiter hinzu, daß die Kohlensteuer in ihrer jetzigen Gestalt uns die Kohlen verteuern wird. Eine Verkehrssteuer steht in Aussicht, und wirkt in derselben Richtung weiter. Wir haben also mit einer wesentlichen Verteuierung der Kohlen, unserer bis jetzt wichtig-

sten Kraftquelle, zu rechnen. Die Kohle aber hat die Eigenschaft, daß jeder Zentner, der verbrannt wird, endgültig zerstört ist, daß die Vorräte, die wir an Kohle auf der Welt haben, begrenzt sind, so daß wir von allen Seiten aufs eindringlichste darauf hingewiesen werden, im Verbrauch der Kohle wirtschaftlich und sparsam zu sein. Das läßt uns dann auf der anderen Seite wieder als Ersatz die Wasserkräfte in ihrer Bedeutung erkennen. Wir wissen heute, daß das wertvollste Objekt in ganz Deutschland die Wasserkräfte am Oberrhein sind. Es ist ja heute nicht das erstemal, daß wir darüber sprechen. Schon seit einem Jahrzehnt ist im badischen Landtage davon gesprochen worden.

Heute liegt nun die Sache so, daß für uns Gefahr im Verzuge ist, und die Gefahr droht von verschiedenen Seiten. Zunächst daher, daß hinsichtlich der Verwendung der Wasserkräfte der badische Staat in den Hintergrund geschoben wird. Schon der Reichstag hat sich mit dieser Frage beschäftigt. Die Reichsregierung ist, wohl auch vor allem durch die Tatsache der Kohlenknappheit, auf diese Wasserkräfte aufmerksam geworden. Gleichzeitig aber haben sich auch noch weitere Einzelstaaten darum bemüht. Württemberg und Bayern versuchen, Einfluß darauf zu gewinnen. Die Gefahr kommt aber noch von einer anderen Seite, und zwar von der Seite des Großkapitals, das versucht, diese großen Wertobjekte in seinem Sinne, also in dem privatkapitalistischen Sinne verwertbar zu machen, im Gegensatz zur gemeinnützigen Verwertung, die wir immer gefordert haben. Das aber kann nur erfolgen, wenn die ganze Sache in die Hand des Staates gelegt wird.

Und nun wird verlangt und ist in der Kommission verlangt worden, daß der badische Staat in dieser Frage die Führung übernehmen soll, da es sich in allererster Linie um badische Interessen handle. Wenn man sich auch mit der Mitwirkung des Reiches einverstanden erklären müsse, so müsse doch unter allen Umständen verhindert werden, daß diese Wasserkräfte dem privatkapitalistischen Betriebe ausgeliefert werden, und es müsse verlangt werden, daß auch der Betrieb mit gemeinnützigem Kapital erfolge. Große Werke zu betreiben, so wurde gesagt, sei der Staat nicht in der Lage, daher müsse er mit Betriebsgesellschaften arbeiten. Aber es sei höchste Zeit, daß jetzt gehandelt werde. Ich darf daran erinnern, daß noch am Schlusse des Landtags 1908 der verstorbene Abg. Dr. Obkircher in kluger und richtiger Voraussicht in einer sehr eindringlichen Rede die ganze Frage auseinandergelagt und dort schon alle die Gedanken entwickelt hat, die sich heute mit größter Eindringlichkeit an uns heranschieben. Er hat damals schon mit aller Bestimmtheit verlangt, daß der Staat den Versuch machen müsse, diese Wasserkräfte in seine Hand zu bekommen und sie im gemeinnützigen Interesse auszubenten. Er hat damals schon auf alle diejenigen Folgen aufmerksam gemacht, die die privatkapitalistische Wirtschaft auf diesem Gebiete hat und hat eindringlich auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die gerade von dieser Seite drohen. Seit der Zeit ist die Frage nicht wieder eingeschlafen. Es sind dann Schritte vorwärts geschehen einmal durch die Errichtung des Murgwerks, dann aber auch durch eine weitere Verwertung der Wasserkräfte am Oberrhein. Die Gefahr ist dadurch doppelt groß, daß einmal die Steinkohlen an sich verträglich sind. Genauer Kenner der Verhältnisse erzählen uns, daß in den englischen Steinkohlenlagern sich die ersten Zeichen der Erschöpfung schon innerhalb der nächsten 15 Jahre bemerk-

bar machen werden. Unsere eigenen Geologen sagen uns, daß unsere Kohlenlager ja wohl noch 200 bis 300 Jahre dauern werden, daß sie aber dann erschöpft sind. Wir haben es also mit einem Gute zu tun, das durchaus verträglich ist, und wir haben nicht das Recht, auf die Zukunft hineinzuwirtschaften. Wir dürfen nicht unseren Kindern und Kindeskindern diese schwere Sorge überlassen, ohne das Nötige getan zu haben.

Eine zweite Kraftquelle sind die Braunkohlen, sie sind in der neueren Zeit dadurch in nahe Verbindung mit der Kraftversorgung gebracht worden, daß man im unmittelbaren Anschluß an Braunkohlenlager große Elektrizitätswerke gebaut hat. Das hat aber einen ungemein raschen Verbrauch der Braunkohlen zur Folge, so daß diese Lager in kürzester Zeit, was eben Kürze der Zeit hier heißt, ausgeraubt sein werden. Dann wird diese Kraftquelle verschwunden sein. Dann werden wir aber doppelt auf unsere Wasserkräfte hingewiesen, die Wasserkräfte, die ihrer Natur nach ewig sind, die auch noch rinnen und arbeiten, wenn schon das letzte Pfund Kohlen aus dem Innern der Erde herausgeschafft sein wird.

Und nun liegt hier am Oberrhein rund eine Million Pferdekräfte, ein ganz gewaltiger Betrag, und den sollen wir für uns ausnützen. Es ist lebhafteste Klage darüber geführt worden, daß die Verwertung der Oberrheinwasserkräfte viel zu langsam vor sich gegangen und kostbare Zeit damit verloren worden sei. Der Großregierung müsse aber die volle Verantwortung dafür zugewiesen werden, daß jetzt nichts mehr versäumt werde und Baden nicht in die Gefahr komme, zu spät zu kommen. Es sind uns dann weiterhin die Vorgänge im Reichstag geschildert worden, die dazu geführt haben, daß das Reich eingegriffen und bestimmte Beträge für die Projektierung der Nutzbarmachung der Oberrheinwasserkräfte zur Verfügung gestellt hat. Ferner hat der württembergische Staat Mittel für diese Frage eingestellt, und er scheint sich zu diesem Zwecke einer privaten Vereinigung, des vor kurzem gegründeten Kanalvereins, bedienen zu wollen. Der Kanalverein hat auch in der Tat die Verwertung der Oberrheinwasserkräfte mit in sein Programm einbezogen.

Auf diese Ausführungen hat der Herr Minister geantwortet, daß er die ganze Frage in der Hand gehabt und daß er gehandelt habe. Die Schwierigkeiten liegen zunächst darin, daß man ein Projekt haben müsse; daraus erst lassen sich der Umfang und die Einzelheiten der Arbeit erkennen. Die allergrößte Schwierigkeit aber liege darin, daß der badische Staat nicht allein über diese Wasserkräfte verfügen könne, sondern daß er sich halb-scheidig mit der Schweiz und mit Elsaß-Lothringen in diesen Teil des Stromes zu teilen habe. Das erschwere die ganze Frage, erschwere vor allem auch die Verhandlungen. Man sei zunächst mit Elsaß-Lothringen in nähere Verhandlungen eingetreten und sei schließlich nach allerlei Hin und Her zu einem gewissen Abschlusse gelangt. Nun sollte auch noch die Schweiz beteiligt werden. Man hat deren Eingreifen abgewartet. Aber auch an den Kosten der Projektierung sollte sie beteiligt werden. Das war nun der äußere Anlaß dazu, daß das Reich eingegriffen hat, da die Verhandlungen mit der Schweiz nur über das Auswärtige Amt in Berlin geführt werden könnten.

Es haben aber auch noch andere Veranlassungen für das Reich vorgelegen, hier einzugreifen, und zwar einmal wohl und in erster Linie die Erkenntnis, wie bedeutungsvoll die Gewinnung von Wasserkräften für unsere ganze

Wirtschaft ist, welche großen Kohlenmengen für die Gewinnung von Kraft und für den Transport gespart werden können, wenn man die Wasserkräfte ausbeutet. Dadurch werden die Kohlen für andere Zwecke verwertbar oder können in der Erde verbleiben. Des weiteren ist von jener Seite geltend gemacht worden, daß die Verwertung der Rheinwasserkräfte weit über das Gebiet und den Einflußkreis des badischen Staates hinausreiche, daß es also eine Frage sei, die nicht mehr einen einzelnen Staat allein angehe. Deswegen müsse das Reich eingreifen.

Zum weiteren spielt dann hier noch die Frage der *Kanalisation* hinein. Vom rein technischen Standpunkt aus braucht ja die Frage der Kanalisation nicht unmittelbar mit der Frage der Elektrifizierung verknüpft zu werden; aber es liegt im Wesen der heutigen Wirtschaft, daß man die Dinge nicht mehr von einander trennen kann. Die Erzeugung von Gütern ist aufs engste an die Kraft gebunden, die sie erzeugen soll, also in diesem Falle einmal an die Kohle, ein andermal an das Wasser. Die Güter aber — und das ist das Kennzeichen der heutigen Wirtschaft und ist eine Folge der Konkurrenz — verlangen für ihre Verwertung, dringend die rasche und billige Transportmöglichkeit, sei es auf der Eisenbahn, sei es auf Wasserstraßen; wir sehen daß da in der Tat, wo diese Bedingungen im höchsten Grade erfüllt sind, nämlich am Niederrhein, wo auf der einen Seite die großen Kohlenlager sind, auf der andern Seite die große Wasserstraße des Rheins, das größte, ausgedehnteste Zentrum unserer deutschen Industrie hat entstehen können. Dasselbe gilt nun auch für den Oberrhein, so daß die Kanalfragen sich aufs engste mit der Frage der Erzeugung und Verwertung der Kräfte verbinden.

Zunächst aber hat es sich um die *Aufstellung eines Projektes* gehandelt. So wenig die Verwertung der Wasserkräfte durch unsern Staat allein geschehen kann, so wenig auch die Projektierung ihrer Ausnützung. Dazu ist schon eine Verständigung mit den anderen Anliegerstaaten, also mit der Schweiz und mit Elsaß-Lothringen notwendig. Den Standpunkt müsse man aber festhalten und aufs schärfste unterstreichen, daß diese Wasserkräfte dem badischen Staate gehören und daß der badische Staat über sie verfügen kann und verfügen soll. Dafür ist eine Organisation geplant, die eine Geschäftsstelle vorsieht. Die Geschäftsstelle soll in badischer Hand, unter badischer Leitung stehen. Der Geschäftsstelle soll übergeordnet sein ein Rat von Sachverständigen aus den einzelnen Staaten, und darüber soll ein Generalrat stehen, in dem neben den Einzelstaaten auch das Großkapital vertreten sein soll. Die Projektierung an sich kann sehr wohl vom Staate ausgeführt werden, nicht aber die Bewirtschaftung, also die Verwertung. Dafür sei eine gemischt-wirtschaftliche Gesellschaft notwendig, und man habe sie als die beste Form für diese Arbeit anerkannt. Die Rechtslage dafür sei aber, und daran müsse unter allen Umständen festgehalten werden, daß der Ausbau der Wasserkräfte Sache der Einzelstaaten ist, daß hier für die Einzelstaaten ein wertvolles Hoheitsrecht liegt. Es sei keinerlei Veranlassung vorhanden, es zugunsten weder von Privaten, wie etwa dem Großkapital, noch auch des Reiches aufzugeben. Die Verwertung sei also Sache der Einzelstaaten. Damit verträgt es sich ganz gut, daß bei der Bewirtschaftung das Reich mitarbeitet. Wenn also diese Bewirtschaftungsgesellschaft, die man sich als G. m. b. H. denkt, ins Leben gerufen wird, dann müsse sie so konstruiert werden, daß der badische Staat ein unbedingtes Veto-Recht hat, daß also keinerlei Beschlüsse gegen seinen Willen und ohne seine Zustimmung gefaßt werden

können. Wer in diese G. m. b. H. einzubeziehen ist, das ist zumteil noch offen gelassen worden. Man hat sich scharf gegen das auswärtige Großkapital gewendet, also insbesondere gegen die Hereinziehung der A. E. G., vielleicht auch der D. E. G. und hat dafür badische Firmen vorgeschlagen. Damit kann man sich wohl einverstanden erklären. Diese Firmen sollten aber nicht leitend auftreten, sondern bloß im Beirat oder in dem Generalrat mitwirken, in dem dann auch die Schiffahrt ihre Vertretung finden wird.

Den Klagen, daß in dieser Angelegenheit Zeit veräußert worden ist, ist dann entgegengehalten worden, daß eben in der Sache selbst verzögernde Momente liegen; so habe vor allem das Eingreifen des Reiches den Fortgang verzögert. Auch die Verhandlungen unter den Staaten selbst seien ihrer Natur nach langsam vor sich gegangen, so daß also die Verzögerung wohl zu erklären sei. Für die Gewinnung eines Projekts war ein Wettbewerb in Aussicht genommen, ein Wettbewerb, über dessen Bedingungen und Forderungen die beteiligten Staaten sich geeinigt hatten. Dieser Wettbewerb sei für den Augenblick aufgegeben. Er soll aber später wieder aufgenommen werden.

Und nun noch einige Worte von den *Kanalfragen*, deren Zusammenhang mit den Fragen der Elektrifizierung ich ja schon gezeigt habe. Da ist eine lebhafteste Bewegung zu verzeichnen gewesen, die in den letzten Jahren eingesetzt hat. Wir haben ja noch, als zum letztenmal an dieser Stelle über die Kanalfragen verhandelt worden ist, unter dem Eindrucke gestanden, daß die ganze Kanalfrage aufs engste mit der Frage der *Schiffahrtsabgaben* verknüpft ist. Es scheint aber, daß die Frage der Schiffahrtsabgaben so in den Hintergrund gerückt ist, daß im Augenblick davon nicht mehr die Rede ist, und es hat den Anschein, als ob diese bei der weiteren Ausarbeitung überhaupt eine weitere Rolle nicht mehr spielen wird. Es scheint, daß die Schwierigkeiten, die sich der Ausführung dieses Reichsgesetzes in den Weg stellen, sich mehr und mehr als unüberwindlich zeigen. Trotz dieser veränderten Lage hat die Bewegung für die Kanalisation in Deutschland einen mächtigen Aufschwung genommen. Einen besonderen Anstoß scheint sie dadurch bekommen zu haben, daß Bayern sich unter der Führung seines Königs sehr lebhaft in diese Fragen hineinbegeben und es verstanden hat, seine eigenen Kanalbedürfnisse in den Vordergrund zu schieben, so daß gegenüber der Verbindung des Mains mit der Donau nun die anderen Fragen in den Hintergrund getreten sind. Es sind auch verschiedene Nachrichten darüber durch die Zeitungen gegangen, die dahin lauten, daß Bayern sich mit dem Reich schon verständigt habe, daß es zu den Kosten des Main-Donaukanals einen Zuschuß des Reiches bekomme.

Zum Zweiten ist eine lebhafteste Bewegung in der Frage der *Neckarkanalisation* eingetreten, lebhaft gefördert noch durch den Kanalverein, der im Laufe dieses Winters zum Teil reorganisiert, zum Teil neu gegründet worden ist; er hat seinen Sitz in Stuttgart und in allererster Linie die Erbauung des Neckarkanal zum Gegenstand seiner Bestrebungen. Dieser Kanalverein hat eine ebenso geschickte als lebhafteste Tätigkeit entfaltet, von der ich schon angedeutet habe, daß sie auch in unseren Arbeitskreis hineingreift. Es ist vielleicht der Tätigkeit des Vereins zu danken, daß die Neckarkanalisation ein neues Gesicht bekommen hat. Bei früherer Gelegenheit hat man uns ein Projekt mitgeteilt, das über die Kanalisation des Neckars ausgearbeitet worden ist. Es sieht die Elektrifizierung der Strecke von Heidelberg bis zur Landesgrenze vor, so daß also für uns der wertvollere Teil des ganzen

Projektes diese Elektrifizierung ist. Für uns hat ja der Neckar eine nicht ganz günstige Beschaffenheit: Er fließt von Heidelberg bis nach Neckarelz in einem Tal, das so eng ist, daß die Ansiedelung einer irgend nennenswerten Industrie auf dem Talboden nicht möglich ist. Wo aber keine Industrie ist, ist auch nur wenig Verkehr, so daß also für uns der Neckar erst in zweiter Linie als Wasserstraße in Betracht kommt. Es ist so recht wohl verständlich, daß er so weit als möglich als Kraftquelle für uns verwendet werden soll. Das Kapital, das wir in eine derartige Unternehmung hineinstecken, sehen wir, gerade wie bei der Eisenbahn, als verbendes Kapital an, also als ein solches, das sich selbst verzinsen und womöglich auch noch für den Staat eine Rente abwerfen soll; ein Gesichtspunkt, der in der Zukunft einen ganz andern Hintergrund bekommt als bisher.

Nun ist neuerdings ein Projekt aufgetaucht, das die Fortsetzung der Neckarkanalisierung über die Neue Alb hinüber bis an die Donau plant, also den Rhein mit der Donau verbinden will. Das ist an sich ein sehr kostspieliges Objekt; man schätzt die Kosten — so glaube ich mich zu erinnern — auf 5 bis 6 Millionen Mark. Es hat natürlich eine ganz andere Bedeutung und muß im Zusammenhang als Großschiffahrtsweg ausgebaut werden. Das verlangt aber ganz andere Abmessungen des Kanals und der Schleusen, das verlangt eine erhöhte Speisung der Schleusen mit Wasser. Die dadurch beanspruchte erhöhte Wassermenge wird aber dem Betrieb der Wasserstraße entzogen, so daß also die Rente, die wir von der Elektrizität ziehen könnten, dadurch wieder gemindert wird. Dadurch haben sich für uns die Grundlagen des ganzen Projektes verschoben und müssen ganz neu aufgebaut werden; damit ist aber auch das Interesse Badens an der Neckarkanalfrage gemindert. Im ganzen ist aber ersichtlich, daß in dieser Frage höchste Vorsicht, gleichzeitig aber auch höchste Eile geboten ist.

Es wurde auch noch auf die Zusammenhänge dieser Frage mit den politischen Verhältnissen hingewiesen. Der Weltkrieg hat uns ja gezeigt, daß die Kohle ein politisches Machtmittel allerersten Ranges ist. England hat damit nicht bloß seine Bundesgenossen an sich gefesselt; es hat auch jeden Augenblick die Möglichkeit gehabt, ihnen durch Entziehung der Kohle den wirtschaftlichen Lebensfaden vollständig abzuschneiden, und offenbar hat es dieses Machtmittel ganz rücksichtslos gebraucht. Es ist weiter noch darauf hingewiesen worden, daß es ebenso rücksichtslos mit dem Mittel der Kohle seine Valuta aufrecht erhalten hat. So greifen diese Dinge ineinander. Auch für das Deutsche Reich kann Kohle und Wasser ein politisches Machtmittel ersten Ranges werden. Damit in der Zukunft sorgfältig umzugehen, haben wir jede erdenkliche Veranlassung.

Bei der Gelegenheit ist dann noch bemerkt worden, daß die württembergischen Reichstagsabgeordneten von ihrer Regierung ganz genau über den Stand der Dinge unterrichtet und auf dem laufenden gehalten worden seien; es ist geklagt worden, daß die badischen Reichstagsabgeordneten nicht in der gleichen Lage gewesen seien. Der Herr Minister hat versprochen, hierin Abhilfe zu schaffen. Es ist vielleicht nicht unangebracht, daß wir dieses Ansuchen auch noch verbreitern und die Bitte um eine genauere Orientierung und um eine engere Fühlung der Regierung mit der Volksvertretung auch noch auf andere als diese Frage ausdehnen. Der Krieg hat uns gezeigt, wie wertvoll enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit von Volks-

vertretung und Regierung ist. Vorbedingung dafür aber ist, daß überall da, wo es notwendig und wünschenswert ist, die Volksvertretung auf dem Laufenden erhalten werde. Ich kann deshalb meinerseits nur noch die Bitte hinzufügen, daß die Großh. badische Regierung diese Anregung über das Gebiet hinaus, das vom Herrn Abg. Dr. Zehnter berührt worden ist, auf weitere Gebiete unserer eigenen Landesfragen ausdehnen möge.

Das ist in kurzem der Inhalt dessen, worüber wir in der Kommission verhandelt haben. Die Frage der Kohle in all ihren Einzelheiten habe ich ausgeschieden; diese wird dann Gegenstand späterer Verhandlungen sein.

Minister des Innern Dr. Freiherr von und zu  
Bodman:

Der Herr Berichterstatter hat bereits das Wesentliche meiner Mitteilung in der Kommission in seinen Bericht aufgenommen; ich glaube aber, es wird zur Vereinfachung der Verhandlung beitragen, wenn ich meinerseits zunächst nochmals hier vor Ihnen allen eine Erklärung über die uns alle bewegende wichtige Frage abgebe.

Der Herr Abg. Rebmann hat von der Verantwortung der Großh. Regierung in dieser Sache gesprochen; er hat davon gesprochen, daß die Wasserkräfte des Oberrheins das wichtigste Vermögensobjekt unseres Landes seien und daß die Verfügung über dieses Vermögensobjekt deshalb eine große Verantwortung in sich schließe und mit großer Vorsicht behandelt werden müsse. Dieser Verantwortung bin ich, in dessen Geschäftsbereich diese Frage zunächst gehört, mir voll bewußt; ich glaube aber auch, gemäß dieser Verantwortung bisher gehandelt zu haben.

Wenn wir zu der Frage der Verwertung der Wasserkräfte des Oberrheins Stellung nehmen sollen, so müssen wir zunächst wissen, welche Wasserkräfte uns zur Verfügung stehen, an welchen Stellen des Oberrheins Kraftanlagen errichtet werden müssen, um diese Wasserkräfte zu gewinnen und nutzbar zu machen. Diese Frage hängt innig zusammen mit der Frage der Schiffbarmachung des Oberrheins, d. i. mit der Frage, ob sich nicht der Rhein von Straßburg über Basel bis zum Bodensee als eine voll leistungsfähige, zu allen Zeiten nutzbare Großschiffahrtswasserstraße ausbauen lasse. Bekanntlich findet jetzt nur eine sehr beschränkte Schiffahrt zwischen Straßburg und Basel statt, eine noch beschränktere auf einer kurzen Strecke von Basel aufwärts und eine ebenfalls in engen Grenzen gehaltene zwischen Schaffhausen und dem Bodensee. Die künftige Schiffahrt kann wesentlich erschwert und behindert werden, wenn die Wehre, welche nötig sind, um die Wasserkräfte zu gewinnen und auszunützen, nicht an der richtigen Stelle eingesetzt werden. Wegen dieses innigen Zusammenhanges zwischen der Frage der Nutzbarmachung der Wasserkräfte und der Schiffahrt ist es erforderlich, daß ein Entwurf ausgearbeitet wird, der beiden Interessen Rechnung trägt, der also darstellt, wie man eine leistungsfähige Wasserstraße von Straßburg bis Konstanz gewinnt, und der weiter darstellt, wie die Wasserkräfte des Rheines in Übereinstimmung mit den Interessen der Schiffahrt auf dieser Strecke gewonnen werden könnten. Um einen solchen Entwurf bemühen wir uns seit Jahren und zwar zunächst für die Strecke, welche Baden und Elßaß gemeinschaftlich ist von Straßburg bis Basel. Die Schweiz ist an dieser Straße nur mit einer kleinen Strecke des Rheines beteiligt; sie hat aber selbstredend an der Frage ein ganz hervorragendes Interesse, weil, wenn die

Schiffbarmachung bis nach Basel erfolgt ist, die Schweiz damit an die Nordsee angeschlossen wird.

Welche Widerstände wir bei der Verfolgung des Gedankens auch nur der Projektierung einer Schiffahrtsstraße bis Basel gefunden haben, ist Ihnen allen bekannt; es ist hier wiederholt erörtert, es ist auch ausgiebig darüber in der Presse geschrieben worden. Es bestand in Elsaß-Lothringen die weit verbreitete Ansicht, daß es gegen das Interesse des Reichslandes sei, wenn man die Schiffahrtsstraße des Rheins weiter führe, weil damit Straßburg aufhöre Endpunkt der Schiffahrt zu sein; es wurde dieser Gedanke drastisch so ausgedrückt: Elsaß-Lothringen habe kein Interesse daran, daß der Verkehr „an ihm vorbeigeführt werde“. Das Bestreben weiter Kreise von Elsaß-Lothringen ging dahin, eine Verbindung mit der Schweiz durch den Rhein-Rhonekanal und den Ausbau des Säningerkanals zu gewinnen, der bei Mühlhausen vom Rhein-Rhonekanal abzweigt und bei Säningen in den Rhein mündet: durch einen Ausbau dieses Kanals in der Weise, daß er für größere Schiffahrtsgefäße als jetzt befahrbar sein würde. Es ist dann im Laufe der Zeit — wie ich glaube annehmen zu dürfen, nach den wiederholten Erklärungen der elsäß-lothringischen Regierung und den Eindrücken, die ich im Meinungsaustausch mit Persönlichkeiten aus Elsaß-Lothringen gewonnen habe — ein Wandel der Anschauung eingetreten. Man hat erkannt, daß, da Elsaß-Lothringen auf die Hälfte der Wasserkräfte zwischen Straßburg und Basel Anspruch hätte, doch auch dort ein sehr erhebliches Landesinteresse bestehe und daß deshalb Elsaß-Lothringen ebenfalls mit seinen Interessen an der Ausführung dieser Wasserstraße und der Gewinnung der Wasserkräfte beteiligt sei.

Nachdem dieser Widerstand überwunden war und nachdem wir im Frühjahr 1914 mit dem Reichsland in großen Zügen zu einer Verständigung über die Grundlagen des Projektes gelangt waren, hat es sich noch darum gehandelt, in welcher Weise der Beitritt der Schweiz ermöglicht werden solle, sofern die Schweiz mit dem Wunsch, an dem Unternehmen teilzunehmen, an uns herantreten sollte. Hiervon mußte dem Auswärtigen Amt Kenntnis gegeben werden, und das Auswärtige Amt hat dann erklärt, daß die Verhandlungen mit der Schweiz durch das Reich zu führen sein würden, daß aber auch deutsche Staaten, die nicht unmittelbare Anlieger der betreffenden Strecken seien, an dem Unternehmen interessiert seien und ebenfalls an der Feststellung der Grundsätze für die Projektbearbeitung beizuziehen seien.

Ich werde auf die Frage der Beteiligung des Reiches und der anderen Staaten nachher eingehen und wende mich nun der Frage der weiteren Strecke von Basel bis Konstanz zu. Für diese Strecke haben die Schiffahrtsverbände ein Ausschreiben im Jahre 1913 erlassen, welches zu einem internationalen Wettbewerb aufforderte. Es sollte nach ganz bestimmten Grundsätzen, die von unseren Technikern im Benehmen mit denen der Schweiz festgesetzt waren, ein Projekt für diese Strecke im internationalen Wettbewerb eingereicht werden. Es wurde ein Preisgericht eingesetzt, bestehend aus zwei badischen und zwei schweizerischen Vertretern mit einem Niederländer als Obmann, und es wurden Preise ausgesetzt, die im Wesentlichen von der Eidgenossenschaft und von Baden übernommen wurden. Der Termin für die Einreichung der Projekte war auf den Dezember 1914 festgesetzt. Da kam der Krieg, und es erwies sich als unausführbar, die Einreichung der Projekte während des Krieges zu verlangen. Es fehlte den Wettbewerbern an Personal, es fehlte aber

auch an der Möglichkeit, an den Ufern des Rheins die nötigen Studien und Vermessungen zu machen. Deshalb wurde der Termin aufgehoben.

Während des Krieges trat dann die Schweiz mit dem Vorschlag an uns heran, einen neuen Termin festzusetzen. Durch den Schiffahrtsverband in Konstanz wurde eine Umfrage bei denjenigen Firmen gehalten — soweit sie nicht dem feindlichen Ausland angehörten —, welche sich um die Unterlagen des Wettbewerbs bemüht hatten und von denen deshalb anzunehmen war, daß sie am Wettbewerb teilnehmen werden. Diese Rundfrage ergab, daß zwar die schweizerischen Firmen und zwei deutsche Firmen bereit waren, die Projekte zu einem Termin, auch wenn er noch in die Kriegszeit falle, einzureichen, daß dagegen die übrigen zahlreichen deutschen Firmen es für unmöglich erklärten, dies zu tun. Darauf hat die badische Regierung es abgelehnt, einen Termin für die Einreichung des Wettbewerbs zu setzen in der Annahme, daß bei dieser Sachlage die Vorarbeiten im Wesentlichen in die Hände von schweizerischen Firmen kommen würden, daß die deutschen Firmen in den Hintergrund gedrängt würden, was nicht zu verantworten wäre. Auch einer wiederholten Anregung in derselben Richtung gegenüber hat sich die badische Regierung ablehnend verhalten. Somit liegt ein Ergebnis des Wettbewerbes für jene Strecke noch nicht vor.

Das Reich hat nun bei seiner Mitteilung über seine und der anderen Staaten Beteiligung darauf hingewiesen, daß die Angelegenheit von größter Bedeutung für das Deutsche Reich sei, daß ihre Bedeutung weit hinausgehe über die Interessen der Uferstaaten, und daß es sich deshalb und wegen der Beteiligung des Auslands empfehle, daß das Reich die Führung in der Sache übernehme und daß auch das Reich für die Aufstellung eines Projektes Sorge und zwar für die ganze Strecke Straßburg-Konstanz. Es hat darüber eine Verhandlung stattgefunden, und es haben sich die Gedanken des Reiches und der anderen Staaten zu einem genauen Vorschlag über das Verfahren zur Gewinnung eines Entwurfs verdichtet. Das Reich hat vorgeschlagen, daß zur Gewinnung des Entwurfs eine Studiengesellschaft gebildet werde und zwar in der Form einer Gesellschaft m. b. H. Mitglieder dieser G. m. b. H. sollten sein das Reich, die Uferstaaten, außerdem Preußen, Bayern, Württemberg und Hessen, ferner große Elektrizitätsfirmen, die A.E.G. in Berlin, Siemens-Schubert in Berlin, die D.E.G. in Mannheim, ferner eine große Tiefbaufirma, Holzmann & Comp. in Frankfurt. Es soll die Arbeit der Entwurfsherstellung einer Geschäftsstelle übertragen werden, die ihren Sitz hier in Karlsruhe haben würde, und deren Leitung in die Hände des Mitglieds der Oberdirektion, Oberbaurat Kupferschmid, zu legen wäre. Über dieser Geschäftsstelle solle eine Kommission stehen, welche aus Technikern der verschiedenen beteiligten Staaten zu bestehen hätte, und über dieser Kommission ein Generalrat, welcher zu bestehen hätte aus den Vertretern der Mitglieder der Gesellschaft und ferner aus Vertretern der Industrie und der Schiffahrt. Die Geschäftsstelle solle nach den Weisungen der Kommission und des Generalrats arbeiten. Der Generalrat solle die Grundsätze aufstellen für die Ausarbeitung des Entwurfs, die Kommission solle die Kontrollbehörde für die Geschäftsstelle sein, sich fortwährend auf dem Laufenden halten und dafür sorgen, daß die Direktiven des Generalrats durchgeführt werden.

Gegen diese Vorschläge hat nun die badische Regierung Einwendung erhoben. Sie hat es zwar begrüßt,

daß das Reich sich dieses großen Unternehmens annehmen will, und hat auch anerkannt, daß, wenn das Reich sich der Sache annimmt, ihm die Führung gebührt. Ich darf dazu bemerken, daß nach der Reichsverfassung Art. 4 Ziff. 8 der Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Reichs unterliegt die Herstellung von Wasserstraßen zu Zwecken des allgemeinen Verkehrs. Ich darf ferner darauf aufmerksam machen, daß nach dem Wasserstraßengesetz von 1911 die Herstellung der Wasserstraße von Straßburg nach Konstanz in den Arbeitsplan eines Strombauberbandes, der durch dieses Gesetz gegründet werden sollte, aufgenommen ist, eines Strombauberbandes, der aus Preußen, Bayern, Württemberg, Hessen, Baden und Elsaß-Lothringen besteht. Es ist also dort bereits eine Gemeinschaft zwischen diesen Staaten hinsichtlich der Schiffbarmachung des Rheines vorgesehen und anerkannt. Es ist ferner in jenem Gesetz gesagt, daß die Ausführung gesichert werden soll durch einen Staatsvertrag, der abzuschließen sei zwischen den Uferstaaten und den am Bodensee beteiligten Staaten, also Bayern und Württemberg. Das Gesetz ist davon ausgegangen, daß die Bodenseestaaten, deren Gewässer, der Bodensee, durch den schiffbaren Rhein an die bisherige Schifffahrtsstraße des Rheins angegeschlossen werden sollen, finanziell zu beteiligen seien an dem Unternehmen, da sie an ihm in hohem Maße interessiert seien, und daß sie deshalb auch an dem Staatsvertrag über das Unternehmen teilzunehmen hätten. Nun sind ja diese Bestimmungen des Wasserstraßengesetzes bis jetzt nicht in Kraft getreten — andere Bestimmungen des Gesetzes sind in Kraft getreten, aber diese Bestimmungen nicht — sie können erst in Kraft treten, wenn die Niederlande der Einführung der Schifffahrtsabgaben zustimmen, was bis jetzt nicht der Fall ist. Immerhin zeigen diese Bestimmungen, daß der Gesetzgeber bereits eine Interessengemeinschaft am Rhein angenommen hat und es wäre auch aus diesem Grunde nicht wohl angängig gewesen, daß wir uns dem Beitritt dieser Staaten zu der Vorbereitung des Unternehmens gegenüber ablehnend verhalten hätten. Wenn die Schifffahrtsabgaben nicht kommen, dann muß ja der Kostenbetrag für das Unternehmen von den Staaten oder von den Staaten unter Zuzug Dritter aufgebracht werden, insbesondere aber wird auf einen Zuschuß des Reiches zu rechnen sein. Und wenn man nun auf einen solchen Zuschuß für die Durchführung der Aufgabe rechnet, so ist es gerechtfertigt, daß man diese Beteiligten auch zur Vorbereitung des Unternehmens zuzieht.

Ich darf dazu bemerken, daß über die Kosten des Unternehmens Klarheit ja auch erst geschaffen werden kann durch den Entwurf. Die Angaben schwanken. Bei der Besprechung in Berlin, von der ich vorhin Mitteilung machte, wurde von dem Vorsitzenden der Kostenbetrag als auf 240 Millionen Mark veranschlagt angegeben, wovon 110 Millionen Mark auf die Schifffahrt und 130 Millionen Mark auf die Kraftwerke entfallen würden. Dabei wurde angenommen, daß man hinsichtlich dessen, was man als Kosten der Schifffahrt betrachtet, mit großem Wohlwollen und Entgegenkommen gegenüber den Kraftwerken verfährt, da andernfalls der Zweck, der durch die Kraftwerke erreicht werden soll, nämlich vor allem uns vom Ausland unabhängig zu machen in der Gewinnung von Stickstoff und Aluminium, nicht erreicht werden würde. Dieser Zweck kann nur erreicht werden, wenn die Kilowattstunde zu einem sehr niedrigen Preise abgegeben werden kann.

Das sind also die Gründe warum die badische Regierung dem nicht glaubte widersprechen zu sollen, daß das Reich die Führung übernimmt, und daß die anderen Bundes-

staaten auch an der Vorbereitung des Unternehmens teilnehmen. Es darf vielleicht noch hinzugefügt werden, daß die Unterlieger am Rhein ja auch insofern beteiligt sind, als durch die Zurückhaltung des Wassers durch Stauwehre oben ihre Interessen sehr wohl in Mitleidenschaft gezogen werden können, sie also wünschen müssen, vor der Beschlussfassung über die Art der Durchführung ebenfalls gehört und auf dem Laufenden gehalten zu werden.

Bedenken hat dagegen die badische Regierung erhoben gegen die Errichtung einer Studiengesellschaft in der Form einer G. m. b. H. Ich vertrat die Meinung, daß eine solche Studiengesellschaft nicht erforderlich sei, sondern daß es genüge, wenn die Staaten unter sich eine Kommission bildeten, die die Geschäftsstelle überwacht, und wenn sie auch für eine Vertretung in der Geschäftsstelle sorgten, daß dagegen die übrigen Interessenten, also die Elektrizitätsgesellschaften, Tiefbauunternehmungen, Schifffahrt, wohl auch Banken als Vertreter des Kapitals, in einen Beirat zu verweisen seien, der gehört werden müsse, dessen Gutachten Bedeutung haben werde für die Projektierung, der aber nicht entscheidend sein dürfe. Die Entscheidung müsse in der Hand der Regierung bleiben, und wenn die Uferstaaten, deren Hoheitsrechte durch die Sache tangiert werden, abweichender Meinung seien, so bleibe nur eine Verständigung mit ihnen übrig. Unter keinen Umständen dürfe Baden überstimmt werden können. Ich schlug also vor, von einer Studiengesellschaft abzusehen und die Sache anders zu gestalten und habe auch bestimmte Vorschläge in dieser Beziehung gemacht, deren Kernpunkt eben das Vetorecht der badischen Regierung ist.

Ich hatte aber auch das weitere Bedenken, die Industrie usw. als Mitglieder einer Gesellschaft zuzulassen, die dann in ihrem Organ, der Generalversammlung oder dem Generalrat, mitzustimmen hätten und unter Umständen die Regierung zu überstimmen in der Lage wären. Ich habe das weitere Bedenken dagegen gehabt, daß, wenn es sich auch jetzt erst um die Projektierung handle, diese Gesellschaften damit doch auch einen Einfluß auf die Ausführung gewinnen könnten, sich einen Anteil an der Ausführung sichern könnten, daß es schwer sein werde, in der Ausführung des Unternehmens und in der Vergebung der Wasserkräfte freie Hand zu behalten, wenn man vorher mit ganz bestimmten Gesellschaften und Unternehmungen und unter Inanspruchnahme ihrer Mittel zusammen das Projekt ausgearbeitet habe. Wollte man aber Gesellschaften und Industrie beiziehen — und für die Beziehung in einen Beirat habe ich mich ja auch ausgesprochen — dann müsse man doch in erster Reihe die Unternehmungen berücksichtigen, die in den Uferstaaten, um deren Hoheitsrechte und deren Wasserkräfte es sich handle, ihren Wohnsitz haben. Ich erhob also kein Bedenken gegen die Zuziehung der D. E. G. in Mannheim, wohl aber gegen die der A. E. G. und der Siemens-Schuckert-Gesellschaft in Berlin und schlug auch für Holzmann eine andere, eine badische Gesellschaft vor. So stehen die Verhandlungen.

Es ist in Aussicht genommen, in eine weitere Besprechung einzutreten. Der Stand der badischen Regierung wird dabei ein schwieriger sein. Elsaß-Lothringen hat sich im wesentlichen dem badischen Standpunkt angeschlossen, ebenso einer der anderen Staaten, der kein Anliegerstaat ist, währenddem bei den übrigen mehr Neigung für die Vorschläge des Reichsamts des Innern besteht. Insofern droht also allerdings eine gewisse Gefahr, die der Herr Berichterstatter mit den Worten bezeichnet hat, Baden könne in den Hintergrund geschoben werden. Es droht in-

sofern noch eine weitere Gefahr, als die anderen Kanalpläne, von denen der Herr Berichterstatter am Schlusse gesprochen hat, den Standpunkt der verschiedenen Teilnehmer beeinflussen, den Standpunkt zu einem anderen machen, als es der der badischen Regierung ist. Bayern legt vor allem Gewicht auf die Verbindung der Donau mit dem Rhein durch den Main, Württemberg auf die Verbindung der Donau mit dem Rhein durch den Neckar oder mindestens auf die Neckarkanalisation. Beide Staaten möchten nicht, daß ihre Unternehmungen hinter der Großschiffahrtsstraße des Rheins und der Gewinnung der Wasserkräfte des Rheins zurückzutreten hätten. Es ist also ein Streit um den Vorrang der Unternehmungen.

In dieser Beziehung ist nun von großem Interesse ein Antrag Westarp, der im Reichstage gestellt worden ist und der bezweckt, daß das Reich eine Durchsicht der verschiedenen Wasserstraßenunternehmungen vornehmen und dann eine Klassifizierung eintreten lassen solle, in welcher Reihenfolge diese verschiedenen vom Reich zu unterstützenden Wasserstraßenunternehmungen zur Durchführung gelangen sollen. Ich glaube aber, die Gefahr, daß die Unternehmungen am Oberrhein hinter den anderen genannten Unternehmungen zurückzutreten hätten, ist deshalb nicht groß, weil das Reich diese Unternehmung aus einem ganz andern Gesichtspunkt fördert oder fördern will als die Verbindungen zwischen Donau und Rhein. Für das Reich ist entscheidend der Gesichtspunkt der Großwasserkräfte, und hier liegt ein ganz bedeutendes deutsches Interesse vor. Das Reich wird also unter allen Umständen diesem Unternehmen sein Interesse und seine Förderung, wie es sie ihm zugewendet hat, so auch erhalten, einerlei was im übrigen für die Ausführung der Wasserstraßen geschehen wird.

Es bleibt nun die Frage, ob eine Gefahr besteht, daß uns die Wasserkräfte aus der Hand genommen werden. Ich glaube, darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben, daß, weil ein deutsches Interesse vorliegt, wir nicht verlangen können, daß die Wasserkräfte, die wir gewinnen, ausschließlich in unserem Lande verwertet werden. Aber was wir verlangen können und verlangen müssen, ist, daß anerkannt wird, daß es eben unsere Wasserkräfte sind und daß nicht ohne unsere Zustimmung über sie verfügt werden kann, und daß wir die Bedingungen festzusetzen haben, unter welchen über sie verfügt werden kann. Dieser Standpunkt ist auch bei der Verhandlung in Berlin und ist auch im Schriftwechsel mit dem Reichsannt des Innern durchaus anerkannt worden. Es wurde wiederholt versichert, daß die Hoheitsrechte Badens in keiner Weise beeinträchtigt werden sollten und daß, soweit es sich um diese Hoheitsrechte handelt, man lediglich im Wege der Verständigung und der Vereinbarung zu einer Entscheidung kommen kann.

Ich glaube, es wäre verfrüht, jetzt schon darüber zu sprechen, was nun mit den zu gewinnenden Wasserkräften geschehen soll. Wir wollen ja durch den Entwurf erst erfahren, ob diese Wasserkräfte unter wirtschaftlich annehmbaren Bedingungen zu gewinnen sind, wie sich die Aufgabe technisch und finanziell gestalten wird, und erst dann, wenn wir das sehen, können wir daraus unsere Schlüsse ziehen. Bis jetzt handelt es sich nur um den Entwurf. Aber Aufgabe der badischen Regierung ist es, bei der Vorbereitung des Unternehmens, bei der Aufstellung des Entwurfs dafür zu sorgen, daß nicht der Freiheit ihrer Entschlüsse über die Ausführung und über die Verwertung der Wasserkräfte vorgegriffen wird. In dieser

Richtung bewegen sich ja auch meine Einwendungen, die ich gegen die Vorschläge der Reichsleitung erhoben habe.

Im übrigen sind für die Verwertung der Wasserkräfte des Landes zurzeit noch die Grundsätze maßgebend, die im Jahre 1908 vom Wasserwirtschaftsrat unter tätiger Mitwirkung des Herrn Abg. Dr. Obkircher aufgestellt worden sind, an den der Herr Abg. Rebmann vorhin erinnert hat und der ja große, unvergängliche Verdienste hat in der Frage der Verwertung der Wasserkräfte, an der Wandlung der Ansichten, die sich darüber vollzogen hat. Der Wasserwirtschaftsrat hat damals Leitätze aufgestellt, welche anerkannten, daß die Darlegung, die wir über die Wasserkräfte des Großherzogtums im 14. Heft der Beiträge zur Hydrographie des Großherzogtums gegeben haben, einen ausreichenden Überblick über die im Lande verfügbaren Großwasserkräfte gebe, daß sie aber durch fortlaufende Wasserstandsbeobachtungen und Messungen ergänzt werden solle. Das ist inzwischen geschehen mit Hilfe der Mittel, die die Landstände dafür bewilligt haben. Es ist dann weiter gesagt: „Von der Verleihung an private Unternehmungen sind die Wasserkräfte derjenigen Gewässer, Gewässerstreifen und Gefällstufen auszuschließen, deren Verwertung für die Zwecke des Staates in Aussicht zu nehmen ist.“ Man dachte damals an die Elektrifizierung der Staatsbahnen. „Inwieweit aus den vom Staate zu erbauenden Wasserkraftwerken auch elektrische Energie an Kreise, Bezirksverbände, Gemeinden, Genossenschaften und Privatpersonen abgegeben werden kann, ist nur im Einzelfalle zu entscheiden. Im übrigen können die Wasserkräfte des Landes den Kreisen, Bezirksverbänden, Gemeinden, Genossenschaften und Privatunternehmungen zur Verwertung überlassen werden, wobei beim Wettbewerb um die gleiche Wasserkraft nach Maßgabe einer Bestimmung des neuen Wassergesetzes zu verfahren ist.“ Ich darf daran erinnern, daß dieses neue Wassergesetz ein Glied ist in der Kette der Arbeiten, die zur Ermöglichung einer ausgiebigen Ausnutzung der Wasserkräfte durchzuführen waren. Es mußte zuerst durch eine Umgestaltung unseres Wasserrechts die Bahn dafür freigemacht werden, daß das öffentliche Interesse bei der Verfügung über die Wasserkräfte maßgebend ist und daß die Wasserkräfte auch der nicht öffentlichen Gewässer in die öffentliche Hand gebracht werden können.

Der Herr Abg. Rebmann ist dann zum Schlusse auf die verschiedenen Schiffsahrts- und Kanalprojekte eingegangen. Ich glaube, mich einer weiteren Äußerung darüber zunächst enthalten zu sollen. Die betreffenden Pläne sind ja den Herren bekannt. Es ist auch bekannt, daß bei der dritten Lesung des Etats im Reichstag ein Nachtragsetat eingebracht und angenommen worden ist, der eine Unterstützung seitens des Reichs für die Verbindung von der Donau über den Main zum Rhein, von der Donau über den Neckar zum Rhein und von der Donau über den Bodensee zum Rhein und der ferner eine Pauschsumme für die Unterstützung weiterer als im Reichsinteresse unterstützungswürdiger Unternehmungen vorsieht und dabei ausdrücklich auch die Verbindung Donau—Elbe und Donau—Oder erwähnt. Die Schiffbarmachung des Oberrheins wird hierbei nicht erwähnt. Der Herr Staatssekretär des Innern hat aber ausdrücklich erklärt, daß das deshalb geschehen sei, weil dieses Unternehmen sich in besonderer Behandlung befinde, und der Grund dieser besonderen Behandlung ist eben der, den ich hervorgehoben habe, daß das Reich diesem Unternehmen sein Interesse vorzugsweise aus dem Gesichtspunkt der Gewinnung der Großwasserkräfte zuwendet.

Ganz zum Schluß hat dann der Herr Abg. Rebmann gesagt, es sei wünschenswert, daß die Reichstagsabgeordneten über derartige Reichs- und Landesinteressen berührende Angelegenheit besser unterrichtet würden. Ich gebe das ohne Weiteres zu. Ich habe auch für den vorliegenden Fall die Folgerung daraus gezogen, indem ich den Herren Reichstagsabgeordneten Badens eine Darstellung der gesamten Fragen mit Beziehung auf die anderen Kanalpläne habe zugehen lassen, um sie hierüber zu unterrichten. Ich bin gern bereit, das auch fernerhin zu tun und das auch auf andere Unternehmungen und Fragen auszudehnen.

Ich habe mich sehr gefreut, daß der Herr Abg. Rebmann von der Notwendigkeit und dem hohen Wert eines vertrauensvollen Zusammenwirkens der Volksvertretung im Lande und im Reich und ihrer einzelnen Mitglieder mit der Großh. Regierung gesprochen hat. Ich selbst lege den allerhöchsten Wert darauf, daß ein solches Zusammenwirken stattfindet, und ich würde mich freuen, wenn Sie aus meinen Darlegungen die Überzeugung gewinnen könnten, daß ich auch in dieser für uns alle so hochwichtigen Angelegenheit mich durchaus auf der Linie gehalten habe, die wir im wechselseitigen Einverständnis bei wiederholten früheren Erörterungen hier festgestellt haben (Beifall).

In der Beratung erhalten ferner das Wort:

Abg. Dr. Zehner (Zentr.):

Ich will gleich an die letzte Bemerkung des Herrn Ministers anknüpfen. Die Anregung, daß die Reichstagsabgeordneten über diese Wasserstraßen- und Wasserkräftefragen informiert werden müßten, ist, wie der Herr Berichterstatter bereits erwähnt hat, von mir ausgegangen. Ich habe dem badischen Gesandten in Berlin den Wunsch ausgesprochen, daß doch die badischen Abgeordneten mehr über das instruiert werden möchten, was da vor sich geht, da man sonst vollständig im Dunkeln herumwandle und nicht in der Lage sei, die Dinge sachgemäß zu fördern. Ich anerkenne jetzt, daß der Herr Minister diese meine Bemerkung zum Anlaß genommen hat, allen Reichstagsabgeordneten eine Darstellung über diese Wasserkräfte- und Wasserstraßenfragen zugehen zu lassen. Das Bedürfnis nach einer Verständigung und Informierung durch die Regierung ist bei mir übrigens nicht erst jetzt hervorgetreten; es ist schon im Jahre 1910/11 hervorgetreten, als damals das Wasserstraßengesetz im Reichstage behandelt worden ist. Der Regierungsentwurf hatte ja die Wasserstraße des Oberrheins nicht in das Bauprogramm aufgenommen gehabt, das zunächst für den Strombauverband des Reiches in Aussicht genommen war. Ich habe mich aber von vornherein bemüht, die Wasserstraße des Oberrheins in das Bauprogramm hineinzuringen, weil ich das für uns für wichtig gehalten habe, und ich glaube, daß es nicht ganz ohne mein Verdienst geschehen ist, daß es schließlich hineingekommen ist. Aber so sehr ich mich damals auch bemüht habe, in Berlin durch Verkehr mit dem badischen Gesandten herauszubringen, welche Stellung die badische Regierung zu dieser Frage einnimmt, ist mir das nicht gelungen, und bis auf den heutigen Tag ist es mir noch nicht klar, ob ich damals im Sinne der badischen Regierung oder gegen ihre Intentionen gehandelt habe. Ich glaube, daß das nicht die richtige Behandlung der Dinge und nicht das richtige Verhältnis zwischen den Reichstagsabgeordneten und der Regierung ist, und ich würde mich freuen, wenn der Herr

Minister, wie er das ja heute erklärt hat, zu dem Entschlusse gekommen ist, daß sich diese Verhältnisse in Zukunft besser gestalten sollen.

Nun hat der Herr Berichterstatter seine Ausführungen damit begonnen, daß er auf die früheren Verhandlungen des badischen Landtags über die Ausnutzung der Wasserkräfte am Oberrhein hingewiesen und die große Bedeutung hervorgehoben hat, die diesen Wasserkräften zukommt, eine Bedeutung, die in erhöhtem Maße durch die Erscheinungen während des Krieges hervorgetreten sei. All dem kann ich vollständig beitreten; ich brauche in dieser Beziehung keine weiteren Ausführungen zu machen. Aber die Dinge liegen heute so, daß m. E. die Frage der Gewinnung der Wasserkräfte und die Frage des Ausbaues der Wasserstraßen nicht wohl mehr getrennt werden kann. Das gilt auch bezüglich des Oberrheins. Ich halte es zwar für möglich, daß am Oberrhein da und dort an verschiedenen Stellen vielleicht noch selbständige Elektrizitätswerke angelegt werden könnten, wie wir deren da oben ja schon verschiedene angelegt haben. Aber ich glaube, eine systematische, vollständige, in sich geschlossene Ausbeutung der Wasserkräfte am Oberrhein könnte doch eigentlich nur in Verbindung mit dem Ausbau des Rheins zu einer großen Wasserstraße erfolgen. Deswegen, glaube ich, kann man, so wie heute nun einmal die Dinge liegen, diese beiden Fragen nicht mehr trennen, wenigstens so lange nicht, als eine Möglichkeit besteht, daß sie miteinander verbunden bleiben.

Nun haben wir ja für die Frage der Schiffbarmachung und der Gewinnung von Wasserkräften am Oberrhein schon alte Vereinigungen. Die älteste wird, soviel ich weiß, der Rheinschiffahrtsverband in Konstanz sein. Außer diesem besteht noch der Nordostschweizerische Rheinschiffahrtsverband, der meines Wissens seinen Sitz in St. Gallen hat, und es besteht auch noch ein dritter Verband, dessen Sitz Basel ist. Soviel mir bekannt, arbeiten aber diese drei Vereinigungen miteinander in einer gewissen Harmonie — wobei natürlich nicht ausgeschlossen bleibt, daß jeder auch wieder gewisse Sonderinteressen im Auge hat.

Was insbesondere den Konstanzer Verband anbelangt, so hat er sich nach meiner Auffassung innerhalb der zehn Jahre, in denen er besteht, schon reichliche Verdienste erworben; er hat sich viele Mühe gegeben, den Ausbau der Oberrheinwasserstraße zu fördern. Schon zu der Zeit, als im Reichstag das Gesetz über den Ausbau der Wasserstraßen behandelt wurde, ist für das Projekt der Schiffbarmachung des Rheins von Konstanz nach Basel ein vorläufiges Projekt von einem Schweizer Ingenieur Gelpke vorgelegen, das meines Wissens auf Veranlassung des Konstanzer Verbandes ausgearbeitet worden war. Der Konstanzer Verband hat dann später, soviel mir bekannt, noch ein weiteres Gutachten von dem Berliner Oberbaurat Sympher erhoben, welches die ganze Strecke von Straßburg bis Konstanz umfaßt und nicht bloß die Frage des Ausbaues der Wasserstraße behandelt, sondern sich auch mit der Frage der Wasserkräfte befaßt und feststellt, daß an dieser Straße von Straßburg bis Konstanz etwa 750 000 Pferdekkräfte gewonnen werden könnten. Weiterhin haben, was bereits der Herr Minister erwähnte, der Konstanzer und die anderen Verbände im Jahre 1913 ein Konkurrenz-ausschreiben veranlaßt, welches aus den Gründen, die der Herr Minister des Innern vorgebracht hat, nicht hat zu Ende geführt werden können. Außerdem hat der Konstanzer Verband auch schon beträchtliche Bargeldmittel aufgewendet, um die Rheinschiffahrt und die Gewinnung von

Wasserkräften so miteinander zu verbinden, daß nicht das eine unter dem anderen leidet. Meines Wissens ist aus Mitteln des Konstanzer Rheinschiffahrtsverbandes die Schleuse angelegt worden, die beim Augster Elektrizitätswerk vorhanden ist und die man damals, als dieses Elektrizitätswerk gebaut wurde, geschaffen hat, um zu erreichen, daß nicht mit der Anlegung dieses Elektrizitätswerkes der künftigen Wasserstraße von Basel nach Konstanz ein Hindernis bereitet werde. Und wenn auch bei dem neueren Werk bei Eglisau zwar von diesem Verband nicht Mittel aufgewendet wurden — diese sind von Baden und der Schweiz aufgebracht worden —, so wurde doch auch hier von dieser Seite angeregt, daß das Werk eine Abschlußmauer von solcher Art bekomme, daß ohne Schwierigkeiten eine Schleuse für die spätere Schifffahrt eingebaut werden kann.

Obwohl also die Frage des Ausbaues der Wasserstraße am Oberrhein schon alt ist und die Priorität vor manchen anderen Projekten beanspruchen kann, ist die Sache doch so gekommen, daß momentan der Anschein besteht, als ob die Frage des Ausbaues der Oberrheinstraße und der Gewinnung von Elektrizität am Oberrhein in den Hintergrund getreten sei. Das ist auf zweierlei Gründe zurückzuführen. Einmal darauf, daß eine ganze Reihe von neuen Kanalisierungsprojekten aufgetreten sind; der Herr Minister hat sie ja bereits aufgeführt. Dabei handelt es sich zunächst um die Verbindung des Rheins mit der Donau über den Main, dann um die Frage einer Verbindung mit der Donau über den Neckar; weiterhin um die Frage der Verbindung der Donau mit dem Bodensee. Außerdem kommen noch verschiedene andere Kanalisierungen in Betracht, insbesondere eine Verbindung der Oder und der Elbe mit der Donau.

Dann hat ja der Herr Minister auch schon erwähnt, daß die bayerische Regierung die Aufstellung eines detaillierten Projektes für die Mainkanalisierung in Aussicht genommen, daß dafür vom bayerischen Landtag 5 Millionen Mark bewilligt worden sind, daß die bayerische Regierung beim Reich den Antrag gestellt hat, dieses solle zu diesem Kostenaufwand 2 Millionen Mark beitragen. Bei der zweiten Lesung des Etats im Reichstag wurde auch beschlossen, daß vom Reich 2 Millionen Mark beigesteuert werden und sofort in den Etat von 1917 700 000 M. eingestellt werden sollen. Das geschah auf Antrag der Budgetkommission.

Für die zweite Lesung des Etats ist dann auch noch ein württembergischer Antrag gekommen, der dahin ging, daß für die Aufstellung vorläufiger Entwürfe für die Verbindung des Rheins mit der Donau über den Neckar und für die Ausarbeitung der Regulierung des Oberrheins je 100 000 M. eingestellt werden sollen. Merkwürdig war dabei, daß der Antrag nicht etwa die Summe geteilt wissen wollte zwischen dem alten Rheinschiffahrtsverband und dem erst im Dezember vorigen Jahres neu geschaffenen Südwestdeutschen Kanalverbande in Stuttgart, sondern daß der Antrag dahin gestellt wurde, man solle diese Mittel beide dem Südwestdeutschen Kanalverband zur Verfügung stellen: eine Sache, die in den Kreisen, die sich für den Oberrhein interessieren, große Aufregung hervorgerufen hat. Dieser Antrag liegt nun ebenfalls angenommen worden.

In diesem Antrag liegt nun, wie ich bereits bemerkt habe, auch 100 000 M. für die Oberrheinstraße angefordert. Aber alles dies sollte dem Stuttgarter Verband zur Verfügung gestellt werden. In der dritten

Lesung des Etats ist dann die Sache so gegangen, wie sie der Herr Minister des Innern bereits dargestellt hat: Durch einen besonderen Nachtrag, der ohne jede Diskussion bei der dritten Lesung des Haushaltsetats angenommen worden ist, sind 1 200 000 M. bewilligt worden. Davon sollen 700 000 M. für die Aufstellung eines Projektes der Verbindung des Rheins mit der Donau über den Main verwendet werden und 100 000 M. für die Aufstellung eines vorläufigen Projektes für die Verbindung des Rheins mit der Donau über den Neckar; die übrigen 400 000 M. sollen für die anderen Kanalprojekte verwendet werden, insbesondere für das Studium der Frage einer Verbindung von Oder und Elbe mit der Donau. Dagegen befinden sich unter diesen 1 200 000 M. keine Mittel für den Oberrhein, sodaß also wie gesagt momentan der Eindruck erweckt wird, als ob diese Oberrheinfrage vollständig in den Hintergrund gedrängt wäre und als ob die andern Projekte, das Mainprojekt und eventuell auch das Ober- und Elbeprojekt, bereits der Oberrheinfrage den Rang abgelaufen hätten, trotzdem dieses Projekt historisch älter ist. Das braucht aber, glaube ich, nicht so tragisch genommen zu werden. Soviel mir bekannt, hat man in diese besondere Position von 1 200 000 M. die da angefordert worden ist, deswegen keine Mittel für die Oberrheinstraße einbezogen, weil bei der Reichsleitung die Meinung besteht, daß die Frage des Ausbaues der Oberrheinstraße und der Gewinnung der Wasserkräfte am Oberrhein besonders zu behandeln und eigentlich eine kriegswirtschaftliche Aufgabe sei, wofür die Mittel eventuell aus den Krediten genommen werden könnten, die für Kriegszwecke flüssig gemacht worden sind. So also steht meines Wissens momentan die Sache.

Nun habe ich mich seinerzeit sehr gefreut, als vor mehreren Monaten im Preussischen Abgeordnetenhaus der preussische Eisenbahnminister, Herr v. Breitenbach, ein lebhaftes Interesse für die Oberrheinstraße und insbesondere für die Gewinnung der Wasserkräfte des Oberrheins bekundet hat und als bald darauf auch der Herr Staatssekretär des Innern, Dr. Helfferich, sowohl in der Budgetkommission des Reichstags, als auch in dessen Plenum, ein ebenso großes Interesse des Reiches an dieser Frage an den Tag gelegt hat. Ich habe mir damals gedacht, daß dieses lebhafte Interesse beim Reich und bei der preussischen Regierung geeignet sein werde, um diese Oberrheinfrage rasch vorwärts zu bringen. Nach dem aber, was wir nun heute im Plenum und auch neulich in der Kommission vom Herrn Minister des Innern mitgeteilt bekommen haben, ist das bis jetzt tatsächlich nicht der Fall; man kann eher sagen, daß diese Intervention von seiten Preußens und des Reiches bis jetzt verzögernd gewirkt hat; verzögernd einmal dadurch, daß das Auswärtige Amt nun die Zuständigkeit zur Verhandlung mit der Schweiz für sich in Anspruch nimmt. Eine unbedingte Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes ist nicht ohne weiteres anzuerkennen. Die Dinge liegen nicht ohne weiteres und unbedingt so, daß das Auswärtige Amt in Berlin allein die zuständige Stelle wäre. Ich mache darauf aufmerksam, daß seit der Zeit, wo Baden im Süden an die Schweiz grenzt, zwischen Baden und der Schweiz schon zahllose Verträge vom Großherzogtum Baden und der Schweiz abgeschlossen und wieder aufgelöst worden sind, ohne daß — auch nach der Gründung des Reiches — das Auswärtige Amt des Reiches beteiligt gewesen wäre; es sind Brücken über den Rhein gebaut worden, es sind Eisenbahnen hinübergeführt, es sind Bahnhöfeanlagen gemacht worden, es sind Elektrizitätswerke am Rhein gegründet worden, es wurden Fischereiereisen

geregelt, es ist über Wasserstandsregulierung verhandelt worden und dergleichen mehr, und in all diesen Fällen hat das Großherzogtum Baden meines Wissens allein die Verhandlungen geführt, so weit es sich nicht etwa um Veränderung der Reichsgrenze gehandelt hat. Ich gebe aber zu, daß hier diese Frage von größerer Bedeutung ist, daß sie nicht bloß für das Großherzogtum Baden Bedeutung hat, wie vielleicht manche andere der vorhin von mir erwähnten Dinge, sondern daß sie auch für das Reich eine große wirtschaftliche und internationale politische Bedeutung hat. Deswegen, glaube ich, braucht man es nicht abzulehnen, wenn nun das Auswärtige Amt sich der Sache annimmt und nach außen die Führung in die Hand bekommt. Aber darauf müssen wir, glaube ich, bestehen, und die Großh. Regierung bitten, entschieden den Standpunkt einzunehmen: daß diese Verhandlungen, die zwischen dem Auswärtigen Amt und der Schweiz und vielleicht auch anderen Staaten geführt werden, so gehalten werden, daß die Badische Regierung jederzeit genügend informiert ist, damit nicht die Verhandlungen einen Verlauf nehmen, der gegen die badischen Interessen verstößt in einer Weise, die nicht gerechtfertigt wäre, auch nicht gerechtfertigt wäre durch Rücksichten, die man auf das Reich nimmt.

Das zweite Hindernis besteht, wie wir nach den Mitteilungen des Herrn Ministers gehört haben, darin, daß, wie scheint, zuerst in Preußen und im Anschluß daran auch im Reichsamt des Innern die Idee entstanden ist, zur Ausarbeitung eines Planes für die Schiffbarmachung und die Gewinnung von Wasserkräften am Oberrhein eine „Studiengesellschaft“, wie der Herr Minister sie genannt hat, d. h. eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu gründen, an der nicht bloß die Uferstaaten, sondern auch das Reich und außerdem Preußen, Bayern, Württemberg und Hessen sowie auch noch technische und großkapitalistische Firmen teilnehmen sollen. Ich kann die Haltung, die der Herr Minister des Innern zu dieser Gesellschaft eingenommen hat, vollständig billigen. Wenn diese Gesellschaft so gebildet würde, wie sie nach dem Gesetz über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung normalerweise zu bilden wäre, so wäre die Folge davon die, daß Baden, da es ja wohl nur einen verhältnismäßig kleinen Anteil an der zu bildenden Gesellschaft haben würde, überall überstimmt werden könnte, und daß die badischen Interessen möglicherweise durch die Interessen anderer Staaten, oder gar durch die Interessen großkapitalistischer Teilhaber, an die Wand gedrückt würden. Ich bin also der Meinung, daß der Herr Minister in dieser Beziehung unbedingt seinen Standpunkt festhalten sollte. Keinesfalls könnte er sich darauf einlassen, daß etwa durch einen Mehrheitsbeschluß Beschlüsse gefaßt werden, die gegen das Interesse des badischen Staates verstoßen. Wir sind die territorialen Herren des Oberrheins, soweit er auf badischer Seite liegt, und nach meiner Meinung können wir beanspruchen, daß wir gehört werden, daß man uns nicht per majora über den Haufen rennt. Der Weg der Verständigung ist derjenige, der eingeschlagen werden muß. Keinesfalls darf es sich ereignen, daß die badische Regierung überstimmt wird. Es muß hier ein unbedingtes Vetorecht für Baden vorbehalten bleiben, sei es, daß man lediglich zwischen den Staaten verhandelt und auf diese Gesellschaft mit beschränkter Haftung gar nicht mehr zurückkommt, sei es, daß diese Gesellschaft gebildet wird. Im letzteren Falle muß durch eine Bestimmung im Gesellschaftsvertrag dafür gesorgt werden, daß nicht das Prinzip der Majorisierung zur Anwendung kommt.

Ich halte es auch für durchaus berechtigt und richtig, daß der Herr Minister des Innern in Berlin den Standpunkt eingenommen hat, daß Baden nicht bloß in bezug auf die Ausarbeitung eines Projekts für den Oberrhein nicht majorisiert werden darf, sondern daß auch stets der Gedanke festgehalten und als maßgebend zugrunde gelegt werden muß, daß die Elektrizität, die am Rhein auf badischer Seite gewonnen wird, unsere Elektrizität ist, und daß nicht über die Elektrizität verfügt werden kann in einer Weise, die uns nachteilig ist. Dagegen, glaube ich, kann man es als etwas Berechtigtes anerkennen und billigen, wenn der Herr Minister hervorgehoben hat, daß wir selbstverständlich nicht so engherzig sein können und wollen, zu verlangen, daß die Elektrizität lediglich innerhalb der rot-gelben Grenzpfähle zur Verwendung kommen dürfe, wo sie vielleicht gar nicht einmal vollständig zur Verwendung kommen könnte. Das also in bezug auf die Haltung, die der Herr Minister in Berlin eingenommen hat.

Ich möchte aber auch noch ein Wort nach Berlin richten. Sie alle wissen, daß in Süddeutschland in weiten Kreisen die unangenehme Empfindung besteht, daß durch die Kriegswirtschaft eine große Verschiebung der Vermögensverhältnisse vom Süden nach dem Norden stattgefunden hat, daß gewisse Maßnahmen, um das Wort zu gebrauchen, eine Auspöderung des Südens zugunsten des Nordens stattgefunden hat (Zustimmung). Ich sage nicht und will nicht sagen, daß es irgendwo die Absicht gewesen sei, diesen Erfolg hervorzubringen, er ergab sich auf eine natürliche Weise aus dem Stand und der Verteilung der Industrie, aus der Verteilung der Kohlenlager usw. Aber schon die Tatsache, daß dieser objektive Erfolg eingetreten ist, hat in weiten Kreisen eine unangenehme Empfindung hervorgerufen. Ich bin der Meinung, daß eben deshalb die Berliner Kreise sich sehr wohl davor hüten sollten, daß nun etwa durch die Behandlung der Fragen des Oberrheins diese Empfindung noch weiter verstärkt und vertieft würde, daß die Empfindung hervorgerufen würde, daß hier gewissermaßen eine innere Annexion stattfinden solle, und daß man Baden gewissermaßen beiseite drücken wolle. Das, glaube ich, sollte man doch auch in Berlin wohl bedenken und sollte sich bewußt sein, daß die Dinge nur in gütlichem Einverständnis und in freundschaftlichem Benehmen mit der badischen Regierung geregelt werden können, und nur geordnet werden können in einer Art und Weise, die auch dem badischen Bedürfnis und den badischen Verhältnissen Rechnung trägt.

Ich kann also nur erklären, daß wir die Haltung des Herrn Ministers unsererseits als sachgemäß anerkennen, und kann damit schließen, daß ich den Wunsch ausspreche, der Herr Minister möge auch bei künftigen Verhandlungen diesen Standpunkt entschieden vertreten und festhalten (Beifall beim Zentrum).

Abg. Dietrich (natl.).

Die Entwicklung dieser Sache, die ziemlich weit zurückgeht, hat infolge der Veränderung der Verhältnisse, wie sie durch den Krieg gekommen ist, eine solche Wendung genommen, daß wir uns jetzt in einer Lage befinden, von der wir nicht mehr wissen, ob wir noch gut aus ihr hinauskommen werden. Es sind mehr als 25 Jahre her, daß der Stadtrat Freiburg unter Führung des Oberbürgermeisters Winterer sich an die Regierung gewendet — es war im Jahre 1891 —, und sie schon damals darauf aufmerksam gemacht hat, es liege eine große Gefahr für

das Land darin, wenn man die Wasserkräfte am Oberrhein an private Unternehmer vergibt. Infolge dieser Anregung haben im Landtag wiederholt Verhandlungen stattgefunden, sowohl 1891/92 als besonders 1904 und 1906. Im Jahre 1891/92 hat der Landtag, wie ich schon in der Kommission hervorgehoben habe, eine sehr ablehnende Haltung eingenommen aus Gründen, die damals noch begreiflich waren. Er hat gesagt, der Staat sei der Aufgabe nicht gewachsen, selbst die Wasserkräfte des Rheins zu gewinnen und zu verwerten; er hat der Meinung Ausdruck gegeben, es handle sich um ein verwickeltes kaufmännisches und technisches Geschäft, das nur eine Privatgesellschaft richtig umtreiben könne. Aber schon in den Jahren 1904 und 1906 hat man im Landtag eine andere Haltung eingenommen. Schon damals hat man der Regierung gesagt — und es war das namentlich in einem Druckbericht des Abg. Dr. Obkircher der Fall — daß diese Dinge doch wohl nicht so schwierig lägen, wie die Regierung befürchte. Es sei sehr wohl möglich, daß der Staat derartige Unternehmungen in die Wege leite. Es ist darauf hingewiesen worden, daß die Eisenbahn auch ein kompliziertes Unternehmen sei — und, ich möchte bemerken, ein mindestens zehnmal so kompliziertes wie ein Elektrizitätswerk — und daß der Staat auch die Eisenbahn gut betrieben habe, ja daß der staatliche Eisenbahnbetrieb dem privatwirtschaftlichen überlegen sei. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß die Städte Elektrizitätswerke, Straßenbahnen und alles Mögliche betreiben, und daß das auch gehe. Deswegen seien die früheren Bedenken nicht mehr stichhaltig, man möge eine gründliche Prüfung vornehmen und sehen, ob man nicht nach dem Ergebnis dieser Prüfung einen anderen Weg beschreiten könnte.

Es ist interessant, daß damals der Abg. Dr. Obkircher darauf hinaus wollte, daß dem Landtag ein Mitbestimmungsrecht in den Fragen der Vergabung von Konzessionen für die Ausnützung von Wasserkräften eingeräumt werde. Ich muß sagen, wenn man heute das Gewicht dieser Frage überschaut, wenn man sieht, welche Tragweite diese Frage heute hat, und damit vergleicht, über was für Kleinigkeiten wir uns manchmal hier unterhalten, muß man wirklich sagen: wenn wir in den letzten Jahren eine Frage von größter Wichtigkeit hatten, ist es diese. Es wäre deswegen nicht ungut gewesen, wenn wir über diese Frage unterrichtet worden wären, ehe sie in das Stadium kam, in dem sie sich heute befindet.

Es ist damals auch gewünscht worden, es möge sich der Staat die besonders brauchbaren Wasserkräfte vorbehalten und nur die anderen vergeben. Es konnte aber auch ausgesprochen werden, daß der Staat in dieser Richtung noch nicht zuviel vergeben habe, da nur die Werke in Rheinfelden, Laufenburg, Wyhlen und Eglsau genehmigt waren.

Nun wurden wir vor kurzem vor die auffällige Tatsache gestellt, daß auf einmal im preussischen Landtag von den Wasserkräften am Oberrhein die Rede war — ich sage "Wasserkräfte" — und daß auf das Reich verwiesen wurde, das sich um diese Dinge auch interessiere. Bisher war von der Schifffahrt auf dem Oberrhein die Rede gewesen, jetzt aber von den Wasserkräften, und zwar in allererster Linie von den Wasserkräften. Das ist daher gekommen, weil man jetzt im Kriege die Bedeutung der Wasserkräfte ganz anders werten gelernt hat, weil man in eine große Kohlennot hingeraten ist, weil man genötigt ist, im Inland wichtige Erzeugnisse herzustellen, die man früher in Chile oder sonstwo gekauft hat, und weil

man diese Dinge nur erzeugen kann, wenn große elektrische Ströme zur Verfügung stehen; sofern man den Zustand nicht fortsetzen will, daß man die Braunkohlenlager in rücksichtslosem Abbau verbraucht, so muß man dazu auf die Wasserkräfte greifen.

So ist nun der Wert der Wasserkräfte, der manchen Leuten früher schon recht klar war, allgemein erkannt worden. Es wäre aber noch die Tatsache zu unterstreichen, daß die Wasserkräfte in ihrer vollen Bedeutung heute noch gar nicht übersehen werden können. Über die Frage, wieviele Wasserkräfte von Straßburg aufwärts bis Konstanz vorhanden sind, kann man verschiedener Meinung sein. Sicher ist aber das Eine, daß es sehr gewaltige Kräfte sind, und sicher ist das Zweite, daß ihr Umfang sich noch sehr ausdehnen läßt. In einer Denkschrift der Großh. Regierung — ich glaube, sie stammt von der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus — ist darauf hingewiesen worden, daß die Wasserkräfte des Rheins erst dann voll zur Geltung kommen, wenn sie durch Hochdruckwerke im Schwarzwald ergänzt werden. Denn die durch Niederdruck weiter zu gewinnenden Kräfte des Rheins laufen nutzlos weg, wenn man sie nicht in dem Augenblick verwendet, wo sie durchlaufen, während man die Wassermassen im Schwarzwald aufspeichern und dann verwenden kann, wenn die Wasserkräfte des Rheins nicht ausreichen. Eine unabsehbare Möglichkeit der Steigerung ist ferner darin gegeben, daß der Oberrhein an eine ganze Reihe von Wasserbecken angeschlossen ist, nehmen wir nur einmal den Bodensee und auch die schweizerischen Seen, den Vierwaldstädtersee, den Züricher See, und daß man mit diesen den Wasserabfluß regulieren kann. Dadurch lassen sich Wasserkräfte in einem Umfange gewinnen, von dem wir heute noch gar keine Vorstellung haben. Es handelt sich um eine Sache, die für den badischen Staat von einer Bedeutung ist wie seinerzeit die Einführung der Staatseisenbahn.

Nun gehören diese Kräfte dem badischen Staat; ich glaube, darüber sind wir alle einig. Ich glaube, wir sind mit der Regierung, wenn ich den Herrn Minister richtig verstanden habe, auch darin einig, daß wir das Eigentumsrecht an den Wasserkräften, das uns zusteht, weil der Strom auf der einen Seite badisch ist, unter allen Umständen behaupten und verteidigen müssen gegenüber jedermann (mehrfache Zustimmung). Ich möchte bemerken, daß diese Wasserkräfte dem badischen Staat auch dann gehören, wenn es notwendig werden sollte, diese Kräfte über die Hoheitsgrenzen Badens hinauszuleiten, wie der Herr Kollege Dr. Zehnter richtig dargelegt hat. Man wird nicht sagen dürfen, der elektrische Strom vom Oberrhein dürfe unter keinen Umständen aus dem Lande hinaus; aber die Kräfte gehören uns, und wenn sie hinaus sollen, müssen wir dafür entschädigt werden.

Nun hat man uns seitens der Regierung gesagt, es sei vom Reiche vorgeschlagen worden, wir sollten in eine Projektbearbeitung eintreten, um eine Unterlage zu gewinnen, wie wir diese Kräfte ausnützen können. Die Gesellschaft, die hierzu vorgeschlagen wird, soll nicht nur die Gewinnung der Wasserkräfte bearbeiten, sondern auch die Frage der Schifffahrt, oder man könnte auch umgekehrt sagen: diese Gesellschaft hat nicht nur die Schiffbarmachung des Oberrheins im Auge, sondern auch die Ausnützung der Wasserkräfte, sie geht auf beide Ziele los. Soweit sie die Schiffbarmachung des Oberrheins ins Auge faßt, können wir dem Gedanken, daß auch andere Staaten da mitwirken — es sind das Preußen, Bayern, Württemberg, Elsaß-Lothringen und Hessen —

nichts in den Weg legen; denn die Schiffbarmachung des Oberrheins ist in der Tat eine Sache, die nicht nur Baden angeht, sondern auch diese anderen Staaten. Die Schifffahrt geht durch die Staaten hindurch; es gibt keine badische und keine preußische Schifffahrt, und daran ist Baden ebenso beteiligt wie Preußen, Bayern, Holland oder andere Anlieger. Also, soweit es sich um die Schiffbarmachung des Rheins handelt, kann uns die Hilfe des Reichs nur willkommen sein, auch die Mitwirkung anderer Staaten. Dagegen ist mir schon hier die Mitwirkung von Gesellschaften sehr unsympathisch, namentlich von Berliner Großkapital.

Soweit es sich aber um die Gewinnung der Wasserkräfte handelt, ist die Mitwirkung außerbadischer Staaten und die Mitwirkung von Gesellschaften gefährlich. Wenn wir erst einmal eine Gesellschaft auf der Grundlage haben, wie sie das Reich vorgeschlagen hat, so wird diese Gesellschaft zunächst allerdings nur die Aufgabe haben, einen Entwurf aufzustellen, um die Wasserkräfte zu gewinnen und den Rhein schiffbar zu machen. Das wäre schön und gut, wenn nicht ganz andere Absichten dahinterstehen würden. Ich habe vorhin schon gesagt, im Vordergrund des Interesses steht heute nicht die Schifffahrt, sondern die Gewinnung der Kräfte; und wenn die Gesellschaft einmal das Vorprojekt fertig hat, wird, wie der Herr Minister auch angedeutet hat, die Folge die sein, daß die Gesellschaft sagt: „Jetzt wollen wir die Kräfte auch mit einander gewinnen und verwerten“. Und dann sind wir glücklich da, wohin wir nicht kommen wollen und dürfen, daß nämlich diejenigen, die kein Anrecht auf die Kräfte haben, in unser Eigentum eingreifen und unser Eigentum zumteil an sich ziehen. Das befürchte ich außerordentlich, und ich glaube, so wie die Sache entstanden ist, ist das schließlich auch der eigentliche, leitende Gedanke. Denn ich kann mir nicht vorstellen, nachdem man im preußischen Landtag von der Gewinnung der Wasserkräfte gesprochen hat, und man auch im Reich sich für sie interessiert, daß nun die Beteiligten beabsichtigen sollten, bei der Durchführung des Projekts die Wasserkräfte wieder auszuscheiden und dem badischen Staat, dem sie gehören, anheimzustellen.

Da nun aber eine rationelle Ausnutzung der Wasserkraft getrennt von der Schiffbarmachung nicht möglich ist — ich gebe das durchaus zu, ich habe auch in der Kommission nicht, wie Herr Kollege Dr. Zehnter vermutete, das Gegenteil gesagt, vielmehr ausgesprochen, daß diese Dinge zusammengehören — wird man nach einem Weg suchen müssen, auf dem wir aus diesen Schwierigkeiten herauskommen. Wir müssen sehen, daß das, was Baden gehört, ihm auch verbleibt. Eine Andeutung für diesen Weg hat der Herr Minister schon gemacht; er hat gesagt, man werte die Kosten des Unternehmens für die Schifffahrt auf 110 Millionen Mark und für die Wasserkräfte auf 130 Millionen Mark. Der Weg wäre also einfach der, daß die anliegenden Staaten den Teil, der auf die Elektrizitätsgewinnung entfällt, auf sich nehmen, während sie den Teil, der auf die Schiffbarmachung entfällt, mit den Staaten, die, sagen wir einmal, in dankenswerter Weise mitzumachen bereit sind, teilen. Dann käme man vielleicht noch aus der Sache heraus.

Nun wird man sagen, das Reich hat sich auf den Standpunkt gestellt, es handle sich um eine so große Frage, daß die badischen Interessen nicht allein entscheidend sein dürften, namentlich da es sich auch um Material für die Kriegführung handle oder um die Gewinnung von Material, das wir aus dem Ausland nicht mehr erhalten können. Ich vermag auch dem nicht zuzustimmen. Ich bin

der Meinung, daß der badische Staat auch dem Reich gegenüber seinen Standpunkt wahren muß. Er darf sich auch dadurch nicht davon abbringen lassen, daß man ihm etwa sagt: Ihr habt Privatunternehmern auch Wasserrechte vergeben und zwar umsonst, also müßt Ihr sie auch uns bewilligen! Darin sehe ich eine besonders große Gefahr. Wir haben einige Privatkraftwerke am Oberrhein, die nichts für die Konzession bezahlt haben, und da ist es naheliegend, daß das Reich kommt und sagt: Was Ihr denen bewilligt habt, daß könnt Ihr mir, der ich alle umfasse, nicht verweigern! Aber dieser Standpunkt darf nicht anerkannt, sondern müßte bekämpft werden unter den Gesichtspunkten, die der Herr Kollege Dr. Zehnter vorhin dargelegt hat.

Ganz bedenklich aber ist die Mitwirkung von Privatkapital; ob es sich um die A. E. G. in Berlin oder um Holtmann in Frankfurt handelt, ist ganz gleich. Das Privatkapital besorgt seine Geschäfte, und es hat das instinktive Gefühl, daß hier etwas zu verdienen ist. Die Gründe werde ich nachher kurz angeben. Es ist von mir behauptet worden, daß Herr Hugo Stinnes vom Niederrhein hinter der Sache stehe, und dies ist von der Regierung auch nicht bestritten worden. Sie wissen, wir haben schon einmal einen großen Kampf mit ihm geführt, als es sich um die Karlsruher Elektrizitätsgesellschaft gehandelt hat. Er hat dort das Feld räumen müssen, und wir werden seinerzeit auch wieder zusammenstehen, um dagegen Front zu machen, daß Herr Hugo Stinnes irgendwie in diese badische Angelegenheit hineinkommt (Mehrfache Zustimmung). Es soll auch die Bemerkung gefallen sein, der badische Landtag sei nicht geeignet, diese Sache zu besorgen (Mehrfaches Hört! hört!).

Der Name des Herrn Hugo Stinnes führt uns dann hinüber zu der eigentlichen Kernfrage der ganzen Sache, nämlich zu der Frage, warum wir auf diese Kräfte am Oberrhein nicht verzichten können. Ganz abgesehen davon, daß diese Kräfte unser badisches Staatseigentum sind, können wir deswegen auf sie nicht verzichten, weil wir keine Kohlen haben. Wir können heute weniger als je darauf verzichten, weil unsere Lage gegenüber dem Kohlenrevier und dem Kohlenbezug eine ganz wesentlich ungünstigere geworden ist, als sie es bisher war. Die Kohle ist uns verteuert worden. Diese Verteuerung war nicht zu umgehen. Es ist zu befürchten, daß die Verteuerung noch weiter gehen wird. Die Förderkosten sind gestiegen. Die Kohle ist mit einer Steuer belegt worden, und vor allen Dingen ist für uns, die wir weitab vom Kohlengebiet wohnen, die Kohle noch dadurch verteuert worden, daß die Frachten gestiegen sind. Also nach drei Richtungen hin ist uns der Bezug von Kohle erschwert worden, und wenn vorhin gesagt wurde, das wirtschaftliche Schwergewicht drohe, sich von Süden nach Norden zu verschieben, so ist das unbedingt zu unterstreichen und hat seine Hauptursache in der Tatsache, daß wir ohne Kohlen sind. Das einzige Mittel, um aus dieser Situation herauszukommen, ist bei uns in Baden das gleiche, das man in der Schweiz bereits anzuwenden versucht: es ist die Gewinnung von Elektrizität aus dem Oberrhein und auch aus dem Schwarzwalde. Die Gewinnung dieser Elektrizität würde uns in den Stand setzen, Südbaden, das ja ein sehr industriearmes Land ist, in einen ganz anderen Zustand zu bringen, Südbaden zu einem Lande zu machen, das vielleicht wirtschaftlich eines Tages in Deutschland eine ganz große Bedeutung hätte. Man hat oben am Rhein ein gutes Material dafür, auf das man sich bei dieser Behauptung

stützen kann. Ich darf darauf hinweisen, daß das Werk in Laufenburg für die Steuerkräfte des Kreises Waldshut eine ganz außerordentliche Bedeutung hat, daß das Lonzawerk die Gemeinde Waldshut auf ganz andere Füße gestellt hat, und wenn es so fortgeht, werden dort oben in Bälde ganz neue Verhältnisse eintreten. Ich möchte nicht nur davon reden, daß wir dieses Elektrizitätswerk für die Großindustrie und dafür brauchen, um die Stoffe am Oberrhein zu gewinnen, die jetzt zum Teil eingeführt werden — ich denke dabei namentlich an Stickstoff —, ich möchte darauf hinweisen, daß wir diese Kräfte auch brauchen, um unserem Mittelstande zu helfen. Wenn Sie nach dem Kriege eine gesunde Handwerkerpolitik treiben wollen, wird das erste sein, daß Sie dem Handwerk billige Kraft zuführen, damit es anders als bisher arbeiten kann. Davon wird bei den Mittelstandsfragen noch zu reden sein; ich darf es aber hier wenigstens in einem Satze vorwegnehmen. Wenn Sie unserer Landwirtschaft die Möglichkeit geben wollen, ihre volle Fähigkeit zu entfalten, wenn Sie ihr helfen wollen, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen, die dadurch entstanden, daß viele Landwirte nur noch teilweise arbeitsfähig sind, dann wird es notwendig sein, der Landwirtschaft zu helfen, ihren Betrieb technisch zu verbessern, und diese technische Verbesserung besteht in der Hauptsache in der Zuleitung billiger Kraft, die die Anschaffung und den Betrieb von Maschinen ermöglicht. Ich sage also, wir müssen mit aller Energie an unserem Standpunkt festhalten, daß die Kräfte am Oberrhein dem Staate Baden gehören und daß sie der Staat Baden zu verteidigen hat gegenüber jedermann, ganz gleichgültig, ob es eine private Gesellschaft, ein anderer Bundesstaat oder ob es das Reich ist (Sehr richtig!). Und ich sage, des weiteren haben wir diese Kräfte deswegen notwendig, weil wir ohne diese Kräfte oder wenigstens ohne einen größeren Teil dieser Kräfte nicht im Stande sind, den südlichen Teil von Baden einer gedeihlichen Entwicklung entgegenzuführen (Sehr gut!).

Nun darf ich noch eine Bemerkung zur Schifffahrt machen. Schifffahrtsprojekte sind ja in den letzten Jahren und in den letzten Monaten wie Pilze aus dem Boden gewachsen. Sie entspringen unbewußt einem einheitlichen Gedanken, nämlich dem Gedanken, daß wir unser Wirtschaftsgebiet in Deutschland, das, wie wir ja im Kriege gesehen haben, zu klein für uns ist und das namentlich nicht im Stande ist, uns mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen in genügendem Maße zu versorgen, mit dem Wirtschaftsgebiete unserer Verbündeten in Verbindung setzen müssen. Und so sehen Sie denn, daß diese Kanalprojekte alle darauf hinausgehen, eine Verbindung von den deutschen Strömen nach der Donau zu schaffen. Sie können nehmen, welches Projekt Sie wollen, ob Sie das Oberprojekt nehmen, oder das Elbe-Donauprojekt, oder das bayerische oder das württembergische oder das badische Projekt, das die Reichsregierung als Donau-Rheinverbindung bezeichnet, alle haben sie lediglich den Zweck, die Wasserstraße, die das Gebiet des uns verbündeten Österreich und Ungarn und Bulgarien berührt oder durchfließt, mit den großen Strömen Deutschlands zu verbinden. Darin steckt ein sehr gesunder Gedanke, der Gedanke, daß wir die Produkte, die wir haben dorthin geben können und daß jene umgekehrt Produkte, die sie haben, hierher bringen können und daß diese Wasserstraßen nicht nur den Austausch jener Produkte ermöglichen und erleichtern, sondern auch dazu beitragen werden, ein neues Band um die Staaten zu schlingen, die jetzt im Kriege zusammengestanden und zu-

sammen ihre Existenz verteidigt haben. Deswegen dürfen wir den einzelnen Projekten nicht feindlich gegenüberstehen. Es wird jetzt einmal gehörig projektiert, und das Projektieren soll man nicht hindern. Wir wollen hoffen, daß von diesen Projekten möglichst viele in Bälde zur Ausführung kommen. Aber eines dürfen wir doch sagen: Das Oberrheinprojekt ist das älteste, und wenn das Donau-Oderprojekt vielleicht eines Tages vorher ausgeführt oder etwa das bayerische Projekt gleichzeitig in Angriff genommen wird, so ist es doch sicher, daß die große Wasserstraße des Oberrheins, die zugleich auch die große Möglichkeit bietet, Kräfte in einem ganz ungeheuren Umfange zu gewinnen, nicht einfach durch andere Projekte an die Wand gedrückt werden kann. Man kann keine Gebirge versetzen, man kann die raube Alb nicht einfach mit einem Federstrich wegdekretieren, man kann auch den Bodensee nicht einfach mit einem Federstrich beseitigen. Es geht schließlich nicht alles nach dem Kopfe der Menschen, sondern nach den Verhältnissen und der Natur, und deswegen habe ich gar keine Beforgnis für unser Projekt am Oberrhein. Ich habe umso weniger Sorge, als das Reich wesentlich daran beteiligt ist, weil es auf die Gewinnung der Wasserkräfte Wert legen muß und mit der Gewinnung der Wasserkräfte die Straße des Stromes tatsächlich schiffbar gemacht ist.

Zum Schluß möchte ich noch sagen: Mir wäre es das allersympathischste und angenehmste, wenn die Großh. Regierung, was sie vielleicht schon früher hätte tun können — ich will hier aber keinen Vorwurf erheben — von sich aus vorgegangen wäre. Der Herr Minister hat vorhin gesagt, der Herr Oberbaurat Kupferschmid sei derjenige Beamte, der ausersehen sei, diese Saache durchzuführen. Die Großh. Regierung könnte doch von sich aus einmal ein Büro einrichten und dem Herrn Oberbaurat Kupferschmid die nötigen Gelder und Leute zur Verfügung stellen, damit er die Arbeiten ohne Rücksicht darauf, was von anderer Seite früher oder später geschieht, in Angriff nimmt und mit Beschleunigung durchführt. Man sollte diese Leute so bezahlen, daß man auch einer Firma wie der A. E. G. in Berlin einmal einen Beamten wegnehmen kann; es wäre noch nicht das größte Unglück, wenn der Staat sich dazu entschließen würde.

Nun hat der Herr Minister eingewendet, das sei nicht möglich, weil man mit der Schweiz und Elsaß-Lothringen verhandeln müsse. Dieser Gesichtspunkt ist m. E. durchaus nicht stichhaltig, und zwar deswegen nicht, weil in der Gesellschaft, die das Reich vorgeschlagen hat und die bestehen soll aus Preußen, Bayern, Württemberg, Elsaß-Lothringen, Hessen, Baden und außerdem aus den Firmen Philipp Holzmann, A. E. G. und D. E. G., die Schweiz nicht vertreten ist. Diese Gesellschaften könnte doch nur projektieren, wenn sie imstande ist, ohne die Schweiz zu projektieren. Ich stelle mir vor, daß es so gedacht ist, daß die Gesellschaft die Projektarbeiten in Angriff nimmt, und, wenn sie Material braucht, sich an die Schweiz wendet und um Zurverfügungstellung dieses Materials bittet. Denn im wesentlichen muß es doch möglich sein, von der badischen Seite her ein Projekt über die Möglichkeit der Ausnützung der Wasserkräfte des Oberrheins und über seine Schiffbarmachung aufzustellen. Des weiteren wäre ich der Meinung: Wenn man diese Vorarbeiten gemacht hätte, hätte man einen ganz anderen Boden unter den Füßen, um mit dem Reich und mit den anderen Staaten zu Streich zu kommen. Ich möchte daher der Regierung

noch einmal empfehlen, zu überlegen, ob man nicht auf diesem Wege ernstlich vorgehen will. Wenn der badische Staat dann so weit sein sollte, daß er mit den übrigen Beteiligten einig ist und man an den Bau gehen kann, so glaube ich, sollte sich der Großh. badische Fiskus nicht davor fürchten, die 130 Millionen oder wie viel es sind, mit den übrigen Anliegern, die auch noch Rheinwasserkräfte in ihrem Eigentum haben, zu teilen. Es ist ja dieses keine Summe, über die nicht mehr hinauszukommen ist. Der Staat sollte sich nicht davor fürchten, die Werke zu bauen, und auch nicht davor, sie zu betreiben (Sehr richtig!); denn der Bau und Betrieb dieser Werke ist wahrhaftig kein Kunststück; es gibt fast keinen einfacheren Betrieb, als den eines Elektrizitätswerkes. Den Bau aber macht irgend eine Spezialfirma, gleichgültig, ob eine Aktiengesellschaft baut, die sich aus Berliner oder Züricher Kapital zusammensetzt, oder ob der badische Staat baut. Es sind immer dieselben Firmen, die über dieselben Erfahrungen verfügen, ganz gleichgültig, in wessen Diensten sie im einzelnen Falle stehen. Ich meine also, der Bau und Betrieb wäre gar nicht so schwierig.

Schwieriger ist allerdings die Verwertung der Kräfte. Aber auch darüber ließe sich reden. Ich habe in der Kommission schon einmal gesagt, es würde sich empfehlen, wenn man glaubt, nicht selbst durchkommen zu können, eine Gesellschaft zu bilden, aber nicht eine gemischt-wirtschaftliche Gesellschaft — ich setze mich hier dagegen noch einmal zur Wehr —, nicht eine solche, sondern eine Gesellschaft in der Form einer privatrechtlichen Gesellschaft, die aber ausschließlich mit staatlichem oder gemeindlichem Kapital, oder mit dem Gelde der Kreise oder sonstiger öffentlicher Korporationen gegründet ist und keinerlei Geschäftsabsichten im Auge hat. Eine solche Gesellschaft ist durchaus möglich, und man hat ja solche Gesellschaften in der Ostschweiz gegründet. Man kann Direktoren anstellen, die genau dieselben Befugnisse und, wenn man sie richtig bezahlt, auch dieselben Fähigkeiten haben, wie die Direktoren, die die Privatindustrie anzustellen in der Lage ist.

Das wäre der Weg, um zum Ziele zu kommen. Dann hätten wir endlich einmal klare Verhältnisse in der ganzen Frage. Ich erkenne die Schwierigkeiten durchaus nicht. Ich erkenne auch nicht die Schwierigkeit der Lage der Großh. Regierung. Ich bin aber im Gegensatz zu dem Herrn Minister der Meinung, daß heute, nachdem die Sache mehr als 25 Jahre schwebt, die Dinge so weit geklärt sind, um zu wissen, daß man an der Elektrizität nur verdienen, daß man nicht an ihr verlieren kann. Ich glaube, das kann man heute mit aller Bestimmtheit behaupten, und ich glaube deswegen, der badische Staat sollte den Mut haben, diese Sache von sich aus, soweit es irgendwie möglich ist, noch auf seine Seite zu schieben, von sich aus in die Wege zu leiten und von sich aus zur Durchführung zu bringen.

Die Wasserkräfte am Oberrhein sind nach menschlichen Begriffen etwas ewiges, und darin liegt der ungeheure Wert dieser Kräfte. Sie haben vorhin gehört, daß die Kohlenfelder erschöpfungsfähig sind. Es wird nicht mehr zu lange dauern, dann wird es da und dort an Kohlen mangeln. Vielleicht wird der Kohlenmangel noch dadurch verstärkt werden, daß wir nach Kriegsschluß einen großen Raubbau mit Kohlen treiben müssen, um unsere Valuta wieder in Ordnung zu bringen. Dann werden die Wasserkräfte besonders wichtig sein; sie werden um so wertvoller sein, je teurer die Kohlen sind. Sie sind deswegen ganz besonders wertvoll, weil sie nach menschlichem Ermessen

sich nicht erschöpfen, sondern, wie ich vorhin sagte, ewig sind. Die Wasserkräfte am Oberrhein wären imstande, die ganze badische Volkswirtschaft auf einen anderen Boden zu stellen. Wir werden nach dem Kriege landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse verstärkt produzieren müssen. Um das zu können, brauchen wir Kohle oder Kraft. Deswegen müssen wir uns diese Kräfte sichern, und der badische Staat muß sie verwenden zum Nutzen seiner eigenen Volkswirtschaft (Lebhafter Beifall).

Minister des Innern Dr. Freiherr von und zu Bodman:

Nur ein Wort zur Wichtigstellung! Der Herr Abg. Dietrich nimmt an, daß die Gesellschaft, welche in Aussicht genommen ist, die Schweiz nicht mit enthalten soll. Das ist nicht richtig. Die Schweiz soll der Gesellschaft auch angehören, aber selbstredend nur, wenn sie es will, wenn sie einen derartigen Wunsch äußert. Ohne die Schweiz können wir weder ein Projekt aufstellen, noch können wir das Projekt ausführen. Wir können aber auch nicht ohne Elsaß-Lothringen ein Projekt aufstellen. Es ist sehr leicht gesagt, der Herr Oberbaurat Kupferschmid soll sich hinsetzen und ein Projekt machen. Dazu bedarf es der Materialien von Elsaß-Lothringen, und es bedarf der Mitwirkung der elsass-lothringischen Behörden. Soweit es sich um Feststellungen auf der Seite von Elsaß-Lothringen handelt, ist das Sache der Entschliebung von Elsaß-Lothringen, ebenso wie es Sache der Entschliebung der Schweiz ist, soweit es sich um die Schweizer Seite handelt. Ehe man das Projekt aufstellt, muß man sich mit den übrigen Beteiligten darüber klar sein, auf welche Fragen das Projekt sich beziehen soll; man muß Richtlinien für das Projekt geben. Sie werden sich erinnern, daß für die Lösung der Schiffsfrage und der Kraftgewinnung auf der Strecke Straßburg-Basel sehr verschiedene Arten der Ausführung vorgeschlagen worden sind, von einem linksrheinischen Kanal, der ganz nach Elsaß-Lothringen kommen würde, bis zur Kanalisierung des Rheins mit der Schifffahrt im Hauptstrom und mit Kanälen zu beiden Seiten nur für die Kraftwerke. Soweit unsererseits etwas ohne Mitwirkung der anderen Staaten geschehen kann, ist das längst geschehen. Die Studie des Herrn Oberbaurats Kupferschmid, das Projekt in großen Zügen ist die Grundlage unserer Verhandlungen mit Elsaß-Lothringen gewesen.

Der Herr Abg. Dietrich hat gesagt, er erkenne nicht die Schwierigkeiten, die für die Großh. Regierung bestehen; ich glaube, er hat sie in dieser Beziehung doch verkannt.

Abg. Rösch (Soz.):

Nach den vortrefflichen Ausführungen der beiden Herren Vorredner, des Redners der Zentrumsfraktion und der nationalliberalen Fraktion, kann ich mich verhältnismäßig sehr kurz fassen. Ich habe namentlich dem Herrn Kollegen Dietrich zu danken für seine vorzüglichen Ausführungen über das große Interesse des badischen Oberlandes an der Nutzbarmachung der Wasserkräfte am Oberrhein. Meine Fraktion hat ja schon im Jahre 1905/06 hier in diesem Hause ihren grundsätzlichen Standpunkt zu der Frage der Verwertung der Wasserkräfte klar dargelegt und ebenso auf allen Landtagen, die seither gefolgt sind; der Standpunkt unserer Fraktion ist der Regierung also hinreichend bekannt. Wir haben an diesem Standpunkt auch heute nichts zu ändern und vertreten

nach wie vor streng die Anschauung, daß nichts geschehen darf, was zu einer weiteren Förderung der privatwirtschaftlichen Ausnutzung der Wasserkräfte am Oberrhein beiträgt. Der Staat soll nach unserer Meinung die Wasserkräfte für sich beanspruchen, sie ausbeuten und auch verwerten unter strenger Ausschaltung jeder Einmischung einer Gesellschaft oder eines anderen Bundesstaates innerhalb des deutschen Reiches.

Nachdem früher von der Gefahr der Vertristung in bezug auf die Elektrizitätswerke und die Verwertung der Wasserkräfte gesprochen worden ist, spricht man heute von einer Gefahr, die vonseiten des Reiches droht. Es ist gut, daß dieser Gesichtspunkt hier in diesem Landtage jetzt noch zur Sprache gekommen ist. Wir haben dadurch Gelegenheit erhalten, der Regierung den Rücken zu steifen in bezug auf ihr ferneres Verhalten gegenüber der Reichsregierung. Es freut uns, daß wir auch in dieser Richtung heute in diesem Hause wiederum einig sind, und es ist nur zu wünschen, daß auch die Erste Kammer diesen Ansichten in bezug auf die Ausnutzung der Wasserkräfte beipflichtet, wie sie es auch schon auf früheren Landtagen getan hat.

Nachdem ich die Ausführungen des Herrn Ministers heute gehört habe, habe ich doch die Überzeugung, daß der badische Standpunkt in Berlin so gut wie möglich vertreten worden ist und daß eine Gefahr nicht in dem Maße vorliegt, wie wir sie vorher vermutet haben. Ich glaube auch daran, daß das Reich großzügige Maßnahmen treffen wird, wenn es dazu übergeht, den Rhein mit der Donau zu verbinden. Nur müssen alle Maßnahmen geschehen unter dem Gesichtswinkel der strengen Berücksichtigung badischer Interessen. An der Verbindung des Rheins mit der Donau ist die badische Industrie genau so interessiert wie die württembergische. Nur ist zu bedauern, daß durch das Eingreifen des Reichs mit seinen Plänen bezüglich der Verbindung von Rhein und Donau die Erledigung aller Fragen, die uns am Herzen liegen, sowohl die Frage der weiteren Ausnutzung der Wasserkräfte am Oberrhein wie die Frage der Schiffbarmachung des Rheins von Straßburg bis nach Konstanz eine Verzögerung erfährt. Sollte diese Verzögerung bezüglich der Verwertung weiterer Wasserkräfte am Oberrhein oder auch bezüglich der Schiffbarmachung des Oberrheins bis nach Konstanz durch die Maßnahmen der Reichsregierung andauern, so wäre es wünschenswert, wie der Herr Abg. Dr. Zehnter schon ausgeführt hat, daß die badische Regierung nach diesen beiden Richtungen hin von sich aus vorgeht und sieht, wie sie auch bezüglich der Schiffbarmachung des Rheins mit der Schweiz zu Streiche kommt, natürlich nicht nur im Interesse der Schweiz, sondern auch im Interesse des badischen Oberlandes selbst.

Von der Frage der Ausnutzung der Wasserkräfte des Oberrheins kann ja naturgemäß die der Schiffbarmachung des Rheines nicht getrennt werden; beide Fragen laufen parallel, wie übrigens auch die Interessen Badens und die der Schweiz hinsichtlich der Schiffbarmachung parallel nebeneinander hermarschieren. Wir haben an der Schiffbarmachung des Oberrheins ein gewaltiges Interesse; alles was in dieser Beziehung zu sagen ist, hat bereits der Herr Kollege Dietrich ausgeführt und ich brauche dem Weiteres nicht hinzuzufügen.

Dagegen möchte ich mit einem Wort auf das hohe Interesse zu sprechen kommen, welches das Wiesental an einer befriedigenden Lösung dieser Frage hat. Wir haben dort ein Steuerkapital von über 400 Millionen Mark, eine Einwohnerzahl von 75 000; beinahe in jedem Dorfe

befindet sich eine Industrie, namentlich ist die Textilindustrie stark vertreten. Wenn demnächst der Gedanke der Schiffbarmachung des Oberrheins in praktische Bahnen geleitet werden kann, so hat die badische Regierung streng darauf zu achten, daß bei Anlegung der Säfen am Rhein gegenüber Basel die Interessen des Wiesentals berücksichtigt werden. Basel seinerseits wird, wenn die Schiffbarmachung des Rheins fertig wird, großzügige Anlagen herstellen. Bekanntlich sind unsererseits die Grenzverhältnisse bei Lörrach und Basel sehr unglücklich; wir haben daher den dringenden Wunsch, daß wir dort in dem umgrenzten Winkel eine günstige direkte Verbindung an den Rhein erhalten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich, wie ich das früher schon tat, erneut auf den Gedanken einer zollfreien Straße hinweisen; eine zweite Anregung geht auf eine Verbindung des Wiesentals durch einen Eisenbahnstrang unmittelbar mit dem Rhein, und drittens wiederhole ich noch den Wunsch nach einer festen Brücke über den Rhein bei Münnigen nach St. Ludwig, um auf diesem Wege eine bessere Verbindung mit dem Elsaß zu erhalten. Die drei eben kurz bezeichneten Fragen bedeuten hohe Interessen des Wiesentales; ich wollte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ihnen hier Ausdruck zu verleihen.

#### Abg. Beneden (fortf. Sp.):

Schon verschiedene meiner Herren Vorredner haben darauf hingewiesen, daß die Fragen, mit denen wir uns heute beschäftigen, schon eine recht lange, beinahe könnte man sagen, ehrwürdige Geschichte hinter sich haben. Ich kann vielleicht daran erinnern, daß ich auf einem früheren Landtag an der Hand von Material, das mir von Herrn Dr. Braun, dem Sekretär der Konstanzer Handelskammer, zugleich einem Hauptmitarbeiter im Arbeitsausschuß des Rheinschiffahrtsverbandes Konstanz, damals zur Verfügung gestellt wurde, darauf hingewiesen habe, daß die Geschichte der Schiffbarmachung des Oberrheins um Jahrhunderte, sogar um eine Reihe von Jahrhunderten zurückgeht, daß in früheren Jahrhunderten bereits in bescheidenem Maße eine Befahrung des Oberrheins durchgeführt war und daß beispielsweise schon vor einigen Jahrhunderten eine holländische Schiffahrtsgesellschaft einen großzügigen Plan zu einer durchgreifenden Schiffbarmachung des Oberrheins entworfen hatte. Ich will aber in unsere jetzigen Tage zurückkommen und darf dabei vielleicht noch einen Blick auf die Entwicklung dieser Frage in unserm Land und in unserm Landtage werfen. Diese Entwicklung war eine sehr interessante; sie war, kann man eigentlich sagen, die typische Entwicklung, die alle derartigen Dinge nehmen; zunächst waren es nur wenig Leute mit besonderem Weitblick, die die Frage aufgriffen und ihren Ideen hier Ausdruck gaben, während die Mehrheit des Hohen Hauses und die Großh. Regierung ihr anfänglich durchaus ablehnend gegenüberstand; es geht das aus dem sehr interessanten Berichte des Herrn Abg. Bassermann vom Landtag 1891/92 hervor, dessen der Herr Abg. Dietrich erwähnt hat. Zur Ehre dieses Hohen Hauses muß aber gesagt werden, daß es doch ziemlich bald den richtigen Weg gefunden und betreten hat und daß es etwa um die Wende des Jahrhunderts die Bedeutung und Wichtigkeit dieser Frage erkannte, auf sie hinwies und mit Entschiedenheit die baldige Inangriffnahme ihrer Lösung verlangte.

Leider muß aber auch gesagt werden, daß nicht immer das gleiche Verständnis bei der Großh. Regierung vorhan-

den war. Ich erinnere mich sehr wohl der Behandlung, die diese Dinge auf dem Landtag 1903/04 hier gefunden haben: damals hat die Großh. Regierung sich kühl, skeptisch, ablehnend der Sache gegenüber verhalten. Es war das um so schmerzlicher, als gerade damals die Großh. Regierung unter ihren Mitgliedern einen Fachmann von ganz hervorragendem, beinahe europäischem Rufe auf diesem Gebiete besaß, und gerade dieser hat die Frage durchaus ablehnend und von oben herunter behandelt. Es wäre sehr gut gewesen, wenn man damals die Sache in die Hand genommen hätte. Ich will mich gewiß nicht in bitteren rückblickenden Ausführungen ergehen; aber man kann doch im Hinblick auf diesen Fall wieder einmal sagen, daß nicht immer die Führung, die höhere Einsicht und Weisheit nur bei der Großh. Regierung, daß sie vielleicht auch gelegentlich bei den bescheidenen Mitgliedern dieses Hohen Hauses gefunden werden kann. Ich will aber gerne zugeben, daß die Dinge sich geändert haben; daß insbesondere, seitdem der jetzige Herr Minister des Innern seinen Platz inne hat, er diese Frage mit der Energie und dem Zielbewußtsein in die Hand genommen hat, die wir an ihm schätzen, daß die Fragen durch ihn bedeutend gefördert und einer gedeihlichen Entwicklung und Lösung näher geführt worden sind.

Zweifellos war die Angelegenheit in der Zeit kurz vor Ausbruch dieses schrecklichen Krieges auf einem guten Wege. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß damals ein außerordentlich wertvolles Gutachten des Herrn Baurats Sympher aus Berlin gewonnen wurde durch Vermittlung des Rheinschiffahrtsverbandes Konstanz. Befreut habe ich mich über die warmen Worte der Anerkennung, die bei Gelegenheit der Besprechung dieser Frage dem Rheinschiffahrtsverbande Konstanz gewidmet worden sind. Ich kann meine Freude darüber um so selbstloser aussprechen, als ich kein weiteres Verdienst an den Leistungen dieses Vereins habe wie jedes andere einfache Mitglied auch. Das Hauptverdienst kommt den Herren zu, die an der Spitze des Ausschusses stehen: dem Herrn Kommerzienrat Stromeyer und Herrn Dr. Braun. Um so rückhaltloser kann ich meine Genugtuung darüber aussprechen, daß diese Bestrebungen eine so schöne Anerkennung hier gefunden haben.

Bei der Großh. Regierung sowohl wie von Seiten der Volksvertretung ist die Entwicklung der Dinge weiter mit Sympathie verfolgt und es sind Mittel zur Gewinnung von Projekten ausgeworfen worden. Wir haben dann gesehen, wie durch den Krieg zunächst alle diese Hoffnungen über den Haufen geworfen worden sind, wie die ganze Frage auf absehbare — richtiger gesagt vielleicht auf unabsehbare Zeit, denn man kann ja gar nicht mehr mit den bisherigen Annahmen rechnen — auf die lange Bank geschoben worden ist. Eine gewisse Wendung ist nun, wie wir wissen, dadurch eingetreten, daß das Reich sich dieser Frage bemächtigen will, um die ungeheuren Wasserkräfte, die bisher noch ungenutzt im Oberrhein schlummern, der Gesamtheit des ganzen deutschen Volkes zuzuführen. An und für sich kann man sich darüber ja nur freuen, daß, genötigt und gewißigt durch die Erfahrungen des Krieges, nun auch das Reich in der angegebenen Richtung sein Interesse an dieser Sache betätigen muß und wenn als eine Wirkung dieses Krieges das hervorgehen würde, daß ein großes gewaltiges Werk rascher geschaffen wird, als es sonst zu Ende geführt worden wäre, denn es handelt sich in der Tat um ein großes gewaltiges Werk, das nicht nur unserem Land, sondern dem ganzen deutschen Volke und damit indirekt auch der

Menschheit zum Vorteil gereichen würde, wäre das nur im höchsten Grade zu begrüßen. Ich sage „indirekt auch der gesamten Menschheit“, weil ich, wenigstens für meine Person, der Meinung bin und die Hoffnung hege, daß nach diesem schrecklichen Krieg die Menschen sich wieder finden müssen und finden werden zu gemeinschaftlicher friedlicher Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und der Fortentwicklung der Menschheit. Ich hoffe, daß sie verhältnismäßig bald erkennen werden, daß dies und nicht ein Wettlauf auf dem Gebiete kriegerischer Rüstungen ihre erste wichtigste Aufgabe sei.

An und für sich ist es, wie gesagt, nur zu begrüßen, daß das Reich sich um diese Sache annehmen will. Es enthält dieses Vorgehen aber die Gefahr, daß wir mit unseren Sonderinteressen an die Wand gedrückt werden, wenn vom Reich in die Hand genommen wird, was eigentlich unsere Sache ist, was für uns, für die ganze Entwicklung unseres engeren Vaterlandes von höchster Bedeutung und Wichtigkeit ist und was schon durchgeführt sein könnte, wenn es rechtzeitig in die Hand genommen worden wäre. Deshalb stehen auch wir auf dem Standpunkt, daß wir — die Angelegenheit möge sich entwickeln wie sie wolle — ein Wort mitzureden haben müssen und daß, wie das schon von einzelnen Mitgliedern des Hohen Hauses und auch vom Herrn Minister ausgesprochen worden ist, uns ein Vetorecht zustehen muß, damit man nicht über uns und unsere Interessen im Interesse anderer Bundesstaaten und schließlich auch im Interesse des Reiches hinweggehen kann. Unsere badischen Interessen und unsere badischen Rechte müssen hier mit aller Entschiedenheit gewahrt werden. Wir in Baden sind dafür bekannt, daß wir nicht kleinlich sind, daß wir nicht zuerst an uns denken; wir haben in unserer Geschichte, soweit ein kleiner Staat das kann, eine gewisse Großzügigkeit an den Tag gelegt; wir sind allezeit auf dem Wege der Einigung, der Vereinheitlichung, der Opfer für das große gemeinschaftliche Vaterland mit einem guten Beispiel vorangegangen; das kann man aufgrund unserer badischen Geschichte wohl jagen. Wir haben große Opfer für das gesamte deutsche Volk und für das Deutsche Reich gebracht, wir haben auf manches verzichtet zugunsten des Reiches — vielleicht auch zugunsten Preußens nur —, was wohl nicht immer notwendig war. Nachdem einmal die Verwirklichung des Traumes unserer Vorfahren nach Einigung des ganzen deutschen Volkes sich in der bekannten Weise vollzogen hat, daß 10 Millionen Deutsche ausgeschieden, in den österreichischen Staat hinübergeschoben und auf den Osten verwiesen wurden, ist eben doch, wenn ich so jagen darf, eine gewisse Personalunion zwischen dem Reich und Preußen eingetreten derart, daß man manchmal nicht mehr recht weiß, wo das große Preußen aufhört und der verhältnismäßig bescheidene Rest des übrigen Reiches anfängt. Deshalb haben vielfach diese großen Opfer eigentlich zugunsten Preußens gebracht werden müssen. Ich erinnere nur an die Militärkonvention; gerade für uns als Konstanzer und Bewohner eines Grenzbezirkes, wäre es vielfach besser, wenn wir ein badisches Kriegsministerium hätten, wie es ein preussisches, ein bayerisches, ein württembergisches und ein sächsisches gibt; die Interessen unserer Grenzbevölkerung würden eine bessere Förderung finden als jetzt, wo man den unmittelbaren Einfluß nach dieser Richtung hin aus der Hand gegeben hat. Auch in diesem Kriege hört man, daß unsere Landesfinder sehr große Opfer gebracht haben und daß diese Opfer das Maß dessen überschreiten, was eigentlich auf uns treffen

sollte, und daß diese Opfer in der Öffentlichkeit nicht die gleiche Würdigung und Anerkennung finden, wie das bei Opfern von Angehörigen anderer deutscher Staaten und Stämme der Fall gewesen ist.

Ich sage: diese Opfer geben uns das Recht, zu verlangen, daß hier unsere Interessen mit aller Entschiedenheit gewahrt werden, daß unsere Staatshoheit und unser Eigentumsrecht an dieser ungeheuren Kraft, die da der Erweckung und Verwertung wartet, seitens der Großh. Regierung mit aller Entschiedenheit gewahrt werden und daß wir, wenn wir nun auch einmal unsere Wasserkräfte für die Zwecke der Allgemeinheit hergeben müssen, uns dann auch entsprechende Gegenleistungen, etwa solche auf dem Gebiete der Kohlenversorgung, besonders aus preußischen fiskalischen Becken, sichern. Hier sollte uns ein weitgehendes Entgegenkommen zugestanden werden. Die Großh. Regierung kann dessen sicher sein: je energischer, je entschiedener und kraftvoller sie hier unser badischen Interessen wahr, desto mehr wird das gesamte badische Volk ohne Ansehen der einzelnen Richtungen, Stände und politischen Parteien, hinter ihr stehen. Wir werden uns freuen, wenn wir auch in der Behandlung dieser Frage den klaren Willen und die feste Hand erkennen dürfen, die wir sonst am Herrn Minister des Innern schätzen.

Ich glaube mich auf diese Bemerkungen im allgemeinen beschränken zu können. Nur auf eine Bemerkung des Herrn Abg. Dietrich will ich zurückkommen. Er hat gesagt, es liege hier eine Aufgabe des Staates vor; er müsse die Sache in die Hand nehmen, er dürfe sie nicht dem privaten Kapital mit seinen privaten Interessen überlassen. Dazu möchte ich sagen, daß ich das von ganzem Herzen unterschreibe. Es wurde das in der Budgetkommission und ähnliche Gedanken von unseren Freunden seit Jahrzehnten schon, innerhalb der ehemaligen deutschen Volkspartei mit aller Entschiedenheit betont, deren Programm vom Jahr 1867 schon forderte, daß derartig große, gewaltige Aufgaben der Allgemeinheit nicht den privaten Interessenten überlassen werden sollten, sondern daß sie vom Staate als ein Monopol des Staates betrachtet, von ihm in die Hand genommen und verwirklicht werden müssen.

Es ist sodann der verschiedenen Konkurrenzunternehmungen, wenn ich so sagen darf, gedacht worden, die geplant sind, der Kanalisierung des Neckars, der Verbindung des Rheins mit der Donau auf dem Wege eines Main-Donaukanals usw. Es ist nicht zu verkennen, daß hier für uns eine große Gefahr besteht, die Gefahr, daß unser spezielles Projekt der Schiffbarmachung und Elektrifizierung des Oberrheins in den Hintergrund gerät und daß uns durch die Verwirklichung der erwähnten Projekte eine schädliche Konkurrenz, insbesondere hinsichtlich der Schiffbarmachung des Oberrheins, gemacht wird. Ich bin der Meinung, daß auch hier alles geschehen muß, um das zu verhindern. Ich glaube, daß wir am Bodensee, wenn es sich einmal um die Verwirklichung der verschiedenen Projekte handelt, mit großer Entschiedenheit auf eine Durchführung der Verbindung des Bodensees mit der Donau hinwirken müssen. Ich möchte die Großh. Regierung bitten, auch nach der Richtung hin unsere Interessen, insbesondere die Interessen unserer oberbadischen Bevölkerung mit aller Energie zu wahren.

Zum Schluß sei mir noch eine kleine Bemerkung gestattet; ich möchte hier eine Bitte wiederholen, die auch

bei anderen Anlässen schon ausgesprochen worden ist. Bei der Durchführung all dieser Projekte möge man doch tunlichst der Naturschönheiten gedenken, die sich in diesen Gegenden befinden, man möge sie schonend behandeln und erhalten. Gewiß unterschätze ich keineswegs die Bedeutung einer Entwicklung unserer Industrie. Aber auf der anderen Seite muß ich doch auch sagen: der Mensch lebt nicht allein von dem, was er durch seiner Hände Arbeit erwirbt, von Geld und Geldeswert; und von dem, was er sich damit beschaffen kann; er braucht, wenn er sich gesund und harmonisch entwickeln soll, doch auch noch andere Dinge. Dazu gehört vor allem die Freude an den unvergänglichen Naturschönheiten, die eigentlich für die Ewigkeit da sind, damit auch in der spätesten Zeit noch unsere Nachkommen sich daran erfreuen. Man sollte sie deshalb nicht aus Erwägungen materieller Art vernichten. Ich fahre immer mit einem gewissen Gefühl der Wehmut an der Station Laufenburg vorüber und gedenke des wunderbaren Naturschauspiels, das sich früher dort bot. Ich sehe noch die gewaltigen Felsen vor mir, an denen das Wasser sich in wildem Strudel brach. Wer das nie gesehen und gekannt hat, vermisst es freilich nicht im Landschaftsbild; wer es aber dort gesehen hat, in dem werden traurige Erinnerungen geweckt, wenn er den stillen Teich sieht, der jetzt dort statt des früheren großartigen Naturschauspiels geschaffen worden ist. Ich möchte also die Bitte aussprechen, daß geschehe, was geschehen kann, um diese ewigen Schönheiten, die von einer gütigen Natur dem Menschen zur Erbauung und Veredelung geschenkt worden sind, für alle Zeiten zu erhalten und sie nicht einseitigen Forderungen der Industrie zum Opfer fallen zu lassen (Beifall bei der fortschr. Volkspartei).

#### Abg. Vanschied (rechtsst. Vg.):

Über das zur Beratung stehende Thema ist bereits so reichhaltig gesprochen worden, daß ich mich kurz fassen kann, auch kann ich mich im allgemeinen den bisher gemachten Ausführungen anschließen.

An der Ausnützung der Wasserkräfte habe ich als Müller ganz besonderes Interesse, weil ich weiß, daß Wasserkräfte billiger als Wärmekräfte sind. Ich habe einigemal den Oberrhein besucht und mich dabei gewundert, daß seinerzeit die Wasserkräfte des Oberrheins teilweise geradezu verschleudert worden sind. Ich erinnere an die Vergebung der Kräfte bei Augst, Whyllen, Rheinfelden und bei Kleinlaufenburg; gerade die Kraft bei Laufenburg ist eine der am billigsten zu gewinnenden Kräfte, denn dort hat der Rhein 10 Meter Gefälle und 10 Meter, das will bei einer solch eminenten Wassermenge etwas heißen, es sind 50 000 Pferdekkräfte. Es hat mich in der Seele gedauert, daß man nicht früher schon verstanden hat, die vorhandenen Wasserkräfte für die Allgemeinheit auszunützen, daß man seitens des Staates nicht früher schon zu ihrer Ausnützung übergegangen ist. Tatsache ist es doch, daß der Staat bei einem solchen Unternehmen die Interessen der Allgemeinheit im Auge hat, während eine Aktiengesellschaft, das Großkapital, nur das Interesse hat, hohe Dividenden zu erzielen. Ich möchte nur wünschen, daß der badische Staat die Sache selbst in die Hand nimmt und ich freue mich, daß unser Herr Minister dem Reich gegenüber jetzt so energisch eintritt für unsere badischen Interessen. Was früher versäumt worden ist, das sollte so weit wie möglich wieder nachgeholt werden.

Es war die Rede davon, daß ein Studienverein ernannt werden soll. Ich frage Sie: Zu was brauchen wir einen Studienverein? Haben wir nicht eine der besten Hochschulen im Deutschen Reich? Unsere Technische Hochschule in Karlsruhe! Warum haben unsere Herren Professoren der Technik ihre Wissenschaft nicht früher in die Praxis umgesetzt, Projekte ausgearbeitet und die Wasserkräfte ausgenützt? Allerdings muß andererseits ja gesagt werden, daß man früher in der Technik nicht so weit war, so eminente Wasserkräfte zu gewinnen; man war technisch einfach nicht so fortgeschritten, daß man Turbinen gebaut hat, die Tausende und Zehntausende von Pferdekraften zu übertragen imstande waren. Es trifft deshalb die Schuld an diesem Fehler nicht unsere technische Hochschule, nicht den damaligen zu Anfang des Jahrhunderts bestehenden Landtag, auch nicht die früheren leitenden Männer im Ministerium, sondern man war einfach in der Technik noch nicht so weit, solche eminente Wasserkräfte nutzbar zu machen. Aber gottlob, jetzt sind wir in Wassertechnik so weit, und deshalb möchte ich nur wünschen, daß der Staat jetzt das Heft nicht aus der Hand gibt, und daß dem Staat nicht, wie früher, das Großkapital über den Kopf wächst.

An der Schiffbarmachung des Oberrheins hat nach unserer Meinung die Schweiz das größte Interesse. Der Endpunkt der Großschiffahrt, unser industrielles Mannheim, die erste Handelsstadt in Süddeutschland, die erste Steuerquelle in Baden, wird wohl nicht mehr in dem Maße wachsen, als es seither der Fall war. Es würde wohl eine Verschiebung des Verkehrs und der Industrie stattfinden, obwohl andererseits auch gesagt werden muß, daß längs der Wasserstraße wieder industrielle Unternehmungen sich ansiedeln werden. Aber Mannheim würde offenbar verlieren, und das würde ich sehr bedauern. Mannheim ist bekanntlich die Nährmutter der ganzen badischen Staatseisenbahnen, ja die Nährmutter aller süddeutschen Eisenbahnen. Von Mannheim gehen bekanntlich die Bahnverbindungen auch nach Württemberg und Bayern. Dieser Bahnverkehr würde durch die Konkurrenz der Wasserstraßen ganz bedeutend verlieren. Ebenso würde die Rheinwasserstraße der Rheintalbahn großen Abbruch tun.

Was die Kanalisierung des Neckars anbelangt, so hat daran nach unserer Meinung Württemberg das größte Interesse; deshalb sollte man Württemberg, was die finanzielle Seite anbelangt, auch den Vorrang lassen. Baden würde vielleicht auch etwas gewinnen, aber weit nicht in dem Maße, wie Württemberg. Durch die Kanalisierung des Neckars würde der Großschiffahrtsverkehr bis in das Herz Württembergs nach Cannstatt und Stuttgart geleitet werden, und dieser Verkehr würde auch wieder unserer Großstadt Mannheim abgehen. Das sind allerdings nur sehr wahrscheinliche Vermutungen. Wie die Sache sich in der Praxis gestalten wird, das weiß eigentlich noch niemand genau. Aber ich betone nochmals: Unter allen Umständen soll der badische Staat die Anlage selbst bauen, unter allen Umständen soll er die Führung behalten, unter allen Umständen soll er sich nicht vom Großkapital dirigieren lassen. Wenn man bedenkt, daß die Kohlen immer teurer und rarer werden, ja daß sie wohl in 200 Jahren ganz ausgehen, dann müssen wir so viel wie möglich Wasserkräfte am Oberrhein sowohl wie am Neckar der Allgemeinheit zugänglich machen. Wie schon eingangs erwähnt, ist das Ideal aller Aktiengesellschaften, aller dieser Großkapitalisten hohe Dividenden, während der Staat das Allge-

meinwohl im Auge hat. (Abg. Rösch: Sehr gut!) Das ist unsere Meinung. (Abg. Fischer: Bravo!).

Die Beratung wird geschlossen.

Das Schlusswort erhält:

Berichterstatter Abg. Rebmann (natl.):

Ich habe nur noch wenige Bemerkungen zu machen. Der Herr Abg. Venedey hat sich sehr lebhaft für die Erhaltung der Naturschönheiten verwandt und gewünscht, daß nicht mehr daran verdrorben wird, als absolut notwendig ist; es gebe ihm jedesmal einen Stich ins Herz, wenn er an Lausenburg vorbeifahre. Ich glaube, es ist niemand unter uns, der nicht vollständig mit ihm fühlt. Aber es gibt eben harte Notwendigkeiten, um die wir nicht herumgekommen sind und um die wir auch in der Zukunft nicht herumkommen werden. Wenn hier die Schönheit der Gegend notgelitten hat, so kann man sich vielleicht mit dem Wort des altgriechischen Dichters trösten: „Viel Gewaltiges gibt es auf der Erde, das Gewaltigste aber ist der Mensch“. Und was in Lausenburg geschaffen ist, das gehört zu dem Gewaltigsten, was wir in der Technik in den letzten 50 Jahren in Deutschland geleistet haben. Wenn wir auch die Schönheit der Natur mit Schmerz schwinden sehen, so darf es doch wieder ein Stück unseres Stolzes und unserer Freude sein, was der Menscheng Geist hier in der Bewältigung der Naturkräfte geleistet hat.

Noch eine Bemerkung zum Preis der Kohle und dem Preis der Wasserkraft. Es sind in den letzten Jahren, und das hat der Krieg auch mit sich gebracht, wesentliche Verschiebungen vor sich gegangen. Das Murgwerk hat noch mit einem Preis der Wasserkraft von 4 Pf. gerechnet, und es wird, wie mir mitgeteilt worden ist, der Preis nicht wesentlich über diesen Satz hinauskommen, trotzdem die Kriegszeit die Kosten bei der Beschaffung der Materialien und der Steigerung der Löhne erheblich erhöht hat. Es liegt auch in der Zukunft gar kein Umstand vor, der eine weitere Verteuerung dieses Preises erwarten läßt; im Gegenteil, es ist in diesem Preis die regelmäßige Amortisation vorgesehen, die Amortisation schafft wieder einen Minderbedarf im Zinsendienst, so daß also automatisch eine Verbilligung der erzeugten Kraft in Aussicht zu nehmen ist. Wie schon erwähnt, fordert der Betrieb nur ganz wenige Kräfte, so daß die Steigerung für den Personalaufwand hier gar nicht in Betracht kommt gegenüber der Wertsteigerung, die die Kraft an sich erfährt. Dagegen haben die Kohlenwerke, das heißt diejenigen Elektrizitätswerke, die ihre Kraft mit Kohle erzeugen, vor dem Kriege geglaubt, daß sie die Kosten für die Kilowattstunde bis auf einen Pfennig, sogar einen Bruchteil eines Pfennigs herunterbringen können. Die Steigerung der Kohlenpreise jetzt und in der Zukunft läßt aber erwarten, daß dieser Erzeugungspreis bei Verwendung von Kohle nicht eingehalten werden kann. Das Wasserwerk wird also im Vorteil sein, ganz abgesehen davon, daß ein Wasserwerk wie das Murgwerk gleichsam für die Ewigkeit geschaffen ist, ein Kohlenwerk aber fortwährend der Erneuerung bedarf, ein weiterer Grund, warum wir mit den Kräften, die wir in den Wasserkräften haben, aufs sorgfältigste umgehen sollen.

Die heutige Verhandlung hat dasselbe Bild wie schon früher ergeben, daß der badische Landtag in der Frage der Verwertung der Wasserkräfte durchaus einig ist, und auch einig ist mit der Groß. Regierung in dem Grund-

gedanken, daß die Verwertung der Wasserkräfte des Oberrheins Sache des Staates ist. Wir wollen nicht mehr darüber rechten, daß die Staatsregierung sich diesen Standpunkt erst nach und nach und unter allerlei Kämpfen angeeignet hat, wir sind zufrieden, daß sie ihn heute einnimmt. Die Tatsache aber wollen wir noch einmal feststellen, daß der Landtag geschlossen der Meinung ist, daß hier eine Aufgabe für den Staat vorliegt, ebenso daß die badische Staatsregierung und die badische Volksvertretung die unabweißbare Pflicht haben, hier für unser Land zu erhalten, was noch erhalten werden kann. Wir verkennen garnicht, daß das eine schwere Aufgabe für die Großh. Regierung sein wird. Die Großh. Regierung wird aber gesehen haben, daß sie in dieser Frage die Volksvertretung geschlossen hinter sich hat. Und ich stehe nicht an, zum Schluß hier zu sagen, daß wir der Regierung lebhafteste Anerkennung schuldig sind, insbesondere für die Richtung, in welcher sie in den letzten Jahren diese Frage bearbeitet hat. Wir sind vollständig mit ihr einverstanden. Für die Zukunft wird sie vielleicht diese Anerkennung und diese Zustimmung des Landtags wohl brauchen können, denn das Reich ist ein mächtiger Partner, wenn man es mit ihm zu tun hat, und vielleicht auch das eine oder andere Mal ein rücksichtsloser Partner. Wir sind die Allerletzten, die verkennen, daß es sich hier nicht bloß um badische Interessen, sondern um deutsche Interessen handelt, aber daß wir bei der Auswertung der Interessen, die hier zu verteilen sind, in allererster Linie zu stehen haben, darf uns von niemandem bestritten werden. Man darf aber auch einmal den Gedanken aussprechen und fragen, was der bayerische Staat wohl tun würde, wenn das Reich auf seine Wasserkräfte irgendwie Beschlag legen wollte — wobei man nicht verkennen darf, daß die bayerischen Wasserkräfte, wie das schon bemerkt worden ist, ganz innerhalb des bayerischen Staates liegen, die badischen Wasserkräfte aber auf der Grenze zwischen mehreren Staaten.

Wir bitten die Großh. Regierung, jedes Maß von Festigkeit in der Wahrung der Interessen des badischen Staates und der badischen Industrie zu beweisen. Das liegt auch im allgemeinen Interesse: Es ist, glaube ich, auch ein Reichsinteresse, daß der Gedanke nicht aufkommen soll, man behandle den kleinen Einzelstaat anders als den großen. Es wäre ein namenloses Unglück für den Reichsgedanken, wenn derartige Meinungen sich festsetzen würden, oder wenn ein Recht oder auch nur ein Anschein von Recht dafür bestünde, daß man diese Meinung vertritt.

Daß wir aber im jetzigen Augenblick an die friedliche Arbeit der Zukunft denken und in diesem Maß an die friedliche Arbeit der Zukunft denken und mit Zuversicht daran denken, das ist doch ein Zeichen, wie stark wir sind, daß wir jetzt schon, wo uns noch die Schrecken des Kriegs umtoben, unsere Gedanken auf die friedliche Arbeit der Zukunft richten. Wir können das nur tun in der vollen, unbeugsamen Zuversicht auf unsere Zukunft und in dem unerschütterlichen Glauben an die Zukunft unseres Volkes und an die Kraft des Volkes. (Lebhafte Beifall.)

Minister des Innern Dr. Freiherr von und zu  
Podman:

Verzeihen Sie, daß ich nach dem Schlußwort des Herrn Berichterstatters noch einmal zu Ihnen spreche. Aber es ist mir doch ein Bedürfnis, meinem Dank dafür Ausdruck zu verleihen, daß Sie im Wesentlichen den Standpunkt

der Großh. Regierung gebilligt haben. Ich gedenke diesen Standpunkt auch weiterhin zu vertreten, und ich hoffe, daß es gelingen wird, ihn auch in allem Wesentlichen durchzusetzen. Und das Wesentliche scheint mir eben das zu sein, daß auch bei der Projektierung die badische Regierung nicht majorisiert werden kann.

Auf die lange Bank geschoben, wie der Herr Abg. Benedey gesagt hat, ist die Sache nicht. Das Reich hat ja gerade in der Absicht eingegriffen, die Angelegenheit zu beschleunigen, gewisse Widerstände zu überwinden, die sich der Erledigung entgegenstellen. Die Sache wäre erledigt, wenn nicht Baden eben seinen Standpunkt in dieser Weise vertreten hätte und die Erledigung nicht in der Weise vorgeschlagen worden wäre, wie sie nach meiner Ansicht mit dem badischen Interesse eben nicht vereinbar ist. Ich hoffe aber, daß wir zu einer Verständigung gelangen, und daß wir dann an das große Werk herantreten werden.

Was nun die Verwertung der Wasserkräfte betrifft, so möchte ich noch einmal wiederholen, daß bis jetzt die Leitfäden maßgebend sind, die in Übereinstimmung mit dem Wasserwirtschaftsrat festgestellt wurden, und denen auch die hervorragendsten Parlamentarier, die auf diesem Gebiet gearbeitet haben, zugestimmt haben. Diese Leitfäden schließen die Vergebung von Wasserkräften auch an Private nicht vollständig aus, sie machen sie nur von gewissen Voraussetzungen abhängig. Inzwischen haben aber die Wasserkräfte gerade durch den Krieg und seine Erfahrungen eine ganz andere Bedeutung gewonnen, und das ist ja auch gerade der Grund des Eingreifens des Reiches gewesen. Wir werden also in eine Nachprüfung der bisher maßgebend gewesenen Grundsätze eintreten müssen, wir werden zu diesem Zweck auch den Wasserwirtschaftsrat erneut hören müssen; er ist ja nur einmal im Jahre 1908 zusammengetreten. Ich hoffe, daß diese Nachprüfung zu einem Ergebnis führen wird, welches auch das Einverständnis des Hohen Hauses findet und erhält. Ich muß aber doch darauf aufmerksam machen, daß die Finanzierung so großer Unternehmungen, wie es die Gewinnung der großen Wasserkräfte des Rheins ist, eine recht schwierige ist, und insbesondere eine recht schwierige sein wird bei der Lage, in der wir uns voraussichtlich nach Friedensschluß befinden werden. Es wird also die Frage, ob und inwiefern fremdes Kapital, sei es nun das des Reiches und der anderen Staaten, sei es auch Privatkapital, bei der Ausführung des großen Werkes hinzuzuziehen sein wird, einer erneuten und sorgfältigen Prüfung bedürfen. Sie können überzeugt sein, daß diese Prüfung nicht stattfinden wird ohne ein Zusammenarbeiten mit Ihnen und daß eine Entscheidung nicht ohne ein Benehmen mit den Landständen erfolgen wird.

Auch ich begrüße es als ein Zeichen unserer Stärke und des hoffnungsfrohen Ausblickes in die Zukunft, daß man sich während des Krieges mit dieser Frage so eingehend beschäftigt. Es zeigt, daß bei den maßgebenden Stellen und auch bei den Volksvertretungen das volle Vertrauen besteht in eine günstige und glückliche Entwicklung und vor allem in einen guten siegreichen Abschluß des schweren Ringens, in dem wir jetzt stehen (Beifall).

Präsident Rohrbur st:

Wir stehen damit am Ende unserer heutigen Erörterungen, die wohl für die künftige wirtschaftliche Entwicklung unserer badischen Heimat so bedeutsam ist wie selten eine, die in diesem Hause geführt worden ist, und ich darf viel-

leicht auch von dieser Stelle aus noch einmal ausdrücklich als ihr Ergebnis folgendes feststellen:

Die badische Volksvertretung wünscht von der Großh. Regierung, daß sie das Werk der Ausnützung der Wasserkräfte in Verbindung mit der Schiffbarmachung des Oberrheins mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln energisch fördert und zu einem guten Abschluß zu führen sucht, daß sie dabei in den Verhandlungen mit dem Reich und den Bundesstaaten die badischen Interessen nach allen Richtungen hin wahr und dafür sorgt, daß diese großen, bedeutenden Kräfte in erster Reihe im Interesse unserer badischen Heimat verwendet werden.

Die badische Volksvertretung ist einmütig auch in der Anerkennung für die große Arbeit, die der Herr Minister des Innern bis jetzt für die Lösung dieser Aufgabe ge-

leistet hat und in der Anerkennung für die Festigkeit, mit der er die Interessen unserer badischen Heimat bisher gewahrt hat. Wir wünschen ihm, daß es ihm auch vergönnt sein möge, das große Werk, zu dem er so viele bedeutende Schritte schon getan hat, zu einem gedeihlichen und für die Zukunft unseres Volkes entscheidenden Abschluß zu führen (Lebhafter Beifall).

Hierauf wird die Sitzung abgebrochen.

Der Präsident gibt noch den Eingang von Urlaubsgesuchen der Abgg. Dr. Wirth und Neuhaus bekannt.

Der Urlaub ist bewilligt.

Schluß der Sitzung 1/21 Uhr.

#### Rednerverzeichnis:

	Spalte
Anzeige neuer Eingänge:	
Präsident Hohrhurst	121
Mündlicher Bericht der Budgetkommission und Beratung über die Nachweisung über die Verwendung der im außerordentlichen Landtag 1915 und im ordentlichen Landtag 1915/16 bewilligten Kriegskredite, hier Oberrheinregulierung:	
Berichterstatter Abg. Nebmann (natl.)	121, 156
Minister des Innern Dr. Freiherr von und zu Bodman	128, 148, 157
Abg. Dr. Zehner (Zentr.)	135
Abg. Dietrich (natl.)	140
Abg. Kösch (Soz.)	148
Abg. Benedey (fortschr. Bp.)	150
Abg. Banschbach (rechtsf. Bg.)	154
Präsident Hohrhurst	158

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen der Zweiten Kammer: Dr. Max Dittler.  
Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei. Beide in Karlsruhe.